

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei im Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Russland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren

beträgt für die sechs-spaltige Kolonne
 je eine oder deren Raum 40 Pf. für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 30 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 vormittags geöffnet.

Zeitungssprecher: Amt 1, Nr. 1508.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Weuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 16. Februar 1898.

Expedition: SW. 19, Weuth-Strasse 3.

Der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister

hat, nach dem eigenen Geständnisse des Grafen Posadowsky, den letzten Anstoß zu dem berühmten Dezember-Rundschreiben des Reichsamtes des Innern gegeben. In einer Petition an den Reichstag und den Bundesrath beweis dieser Verband soeben von neuem, was Geistes Kind er ist und welche kompromittirende Schutzhelme Graf Posadowsky sich für seine Sozialpolitik gewählt hat.

Einmal unterläßt die Denkschrift die im Vorjahre vorgeschlagene Aenderung der Strafprozess-Ordnung, daß Personen, welche auf frischer That betroffen oder verfolgt und vorläufig festgenommen sind, von der Staatsanwaltschaft unmittelbar dem zuständigen Gericht mit dem Antrag auf sofortige Aburtheilung vorgeführt werden sollen, in welchem Falle das Gericht ohne schriftlich erhobene Anklage und ohne eine Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens sofort oder spätestens am zweiten Tage nach der Vorführung zur Hauptverhandlung zu schreiten und dabei über die Verhaftung oder Freilassung des Angeklagten zu entscheiden haben würde.

Dieser Pfeil der biedereren Freiheitskämpfer — die Petition wimmelt von Worten wie „persönliche Freiheit“, „freier Wille“, „freie Ueberzeugung“ — gilt natürlich nicht Mördern und Dieben, sondern freilebenden Arbeitern:

Gerade in den Fällen, in welchen fortarbeitende Arbeiter durch ihre dem Arbeiterstände angeschlossenen Mitarbeiter verweigert, also durch Beschimpfungen oder Thätlichkeiten in ihrem Rechte auf Arbeit beschränkt werden, dürfte sich dieses abgeklärte Strafverfahren gegen die auf frischer That verhafteten Störer der öffentlichen Ruhe und Ordnung günstig bewähren, weil es die Sühne der begangenen Schuld unmittelbar sühnt, auch gleichzeitig den Strafzweck erfüllt, einer Fortsetzung der That vorzubeugen und andere davon abzuhalten.

Also erst verlangt man eine Verschärfung des Klassenkampfes gegen die Arbeit dadurch, daß bisher noch zulässige, friedliche Mittel des Lohnkampfes in Zukunft für strafbar erklärt werden sollen. Dann fordert man weiter Aburtheilung der künstlich ins Unrecht gesehten Arbeiter sofort, in der Erregung des Augenblickes, um „vorzubeugen“ und „abzuschrecken.“

So sehr das an die Halsabschneiderei-Praxis unserer Bauhütten erinnert, so menschenfreundlich und fürsorglich gebarden sich die Herren im zweiten Theile ihrer Denkschrift. Die Baugewerksmeister lassen sich bekanntlich öfters „Körperverletzungen“ und sogar „Tödtungen“ zu Schulden kommen — verschuldet durch Verletzung der berufsmäßigen Aufmerksamkeit, wie es in der Sprache unseres Rechtes heißt. Für diese Verwüsthung von Menschenleben verlangen die Freunde des Grafen Posadowsky freiere Bahn; die zünftigen Richter hätten kein Verständnis für die Profitbedürfnisse eines Baugewerksmeisters und seine „gewerbegebährlichen Gepflogenheiten“ und lämen so zu Schuldfeststellungen, welche — man verbeije sich das Lachen! — „das Vertrauen auf eine gerechte Strafrechtspflege erschüttern.“ Nicht einmal die zu Gutachten herangezogenen Sachverständigen tauge etwas; als „theoretische vorgebildete“ Baubeamte wissen sie nichts von den „gebräuchlichen Contraktionen im Bauwesen.“ Ueber Baunfälle sollen alle Schöffen aus der Zahl der „Baufundigen“ aburtheilen; die Sachverständigen sollen sie sich unter ihre Füße, unter „praktischen Baugewerksmeistern“ ausfinden.

Welch' eine beispiellose, aufdringliche Dreistigkeit! Welch' eine Verhöhnung der heutigen Rechtsprechung und der Rechtsgleichheit überhaupt! Aburtheilung der friedlich um eine bessere Lebenshaltung kämpfenden Arbeiter möglichst vor ausgemachten Feinden und in der Wuth des Streikkampfes! Verhandlung gegen die des Todtschlages angeklagten Unternehmer vor lauter mitsühnenden und bei Gelegenheit auch mitschuldigen ehebaren Zunftgenossen!

Wir erlauben uns, dem Grafen Posadowsky den einzig richtigen Gegenwortschlag zu unterbreiten:

Zurückweisung aller sogenannten Streikvergehen vor sachverständige Vertrauensleute der Arbeiter, Aburtheilung der auf Fahrlässigkeit der Unternehmer zurückzuführenden Betriebsunfälle durch Vertretungen der betroffenen und bedrohten Angestellten.

Ob Arbeiter terrorisirt worden sind, werden wohl Arbeiter am besten „sachverständig“ entscheiden können. Dieser Vorschlag ist also das Gegenstück zum zweiten Theile der Petition. Soweit, einen schuldigen Unternehmer im Augenblicke des Unfalls vor ein Volksgericht zu stellen, wollen wir um des lieben Klassenfriedens willen nicht gehen. Aber entsprechend dem sonstigen ersten Theile der Verbandseingabe wäre die Aburtheilung der Angeklagten durch Angehörige der gegnerischen Klasse, also der Unternehmer durch Arbeiter.

Welch' ein Wuthgeschrei würde durch die gesammte bürgerliche Presse gehen, wenn wir diese Forderungen ernstlich erheben. In der Dreistigkeit der Baugewerks-Zimmungen wird Graf Posadowsky vielleicht wieder eine beachtenswerthe politische Anregung sehen!

Politische Ueberblick.

Berlin, 15. Februar

Aus dem Reichstage. Der Etat für Zölle und Steuern fand heute seine Erledigung, ohne daß es dabei noch zu weit-
 ausholenden Debatten gekommen wäre. Ebenfalls in fried-

licher Weise fand die Vorlage über die freiwillige Gerichtsbarkeit ihre Erledigung, indem sie ohne von irgend einer Seite Widerspruch zu begegnen, Annahme fand.

Die Postdampfervorlage in ihrer neuen und erweiterten Gestalt wurde vom Generalpostmeister von Podbielski eingeführt und in längerer Rede begründet. Dem Minister folgte der Vertreter für Bremen, Frese, der sich eingehend über die steigende Bedeutung des europäischen und speziell auch des deutschen Güter- und Personenverkehrs mit Ostasien ausließ und selbstverständlich für die Annahme der Vorlage, nachdem sie erst eine Kommissionsberatung durchgemacht, sich aussprach. Hierauf wurde Vertagung und Fortsetzung der Debatte am Donnerstag beschlossen.

Morgen ist Schervertag. Zweite Lesung des Vereinsgesetzes und einige kleine Anträge aus dem Hause.

Im preussischen Abgeordnetenhause wurde die Verhandlung über die Interpellation Samula, betr. den Mangel an ständigen Diensthilfen und landwirtschaftlichen Arbeitern vertagt, weil sowohl der Landwirtschaftsminister als auch der Minister des Innern durch dringende dienstliche Geschäfte am Erscheinen verhindert waren.

Eine lebhafteste Debatte entspann sich bei der nun folgenden ersten Lesung des Gesetzentwurfs betr. Erhöhung des Grundkapitals der Zentral-Genossenschaftskasse. Grundständig ablehnend gegen diese neue Forderung des Finanzministers Dr. v. Miquel verhielten sich nur die Freisinnigen, in deren Namen der Abg. Richter einen kritischen Rückblick auf die vor einigen Jahren gegründete Kasse warf, die ihren Zweck völlig verfehlt und aus einem Geschäftsunternehmen ein Wohlthätigkeits-Institut geworden sei, aus dem man zu möglichst niedrigem Zinsfuß Gelder herauspumpen. Ein großer Theil der Richter'schen Rede war der Verherrlichung der Schulz-Delitzsch'schen Kassen gewidmet. Die Antwort des Finanzministers war weniger ein sachliches Eingehen auf die Vorlage, als vielmehr eine nicht uninteressante Entwicklung seiner nationalökonomischen Ansichten, wie sie Miquel von Zeit zu Zeit gern zu geben pflegt. Am interessantesten daraus war wohl die Bemerkung, daß der Staat verpflichtet sei, den am meisten Bedrängten zu Hilfe zu kommen. Hauptsächlich erinnert sich Herr Miquel dieser Worte auch einmal, wenn es sich um Besserung der Lage des Arbeiterlandes handelt.

Für die Vorlage traten ein die Abgg. Grau (3.), Lückhoff (1.), v. Sodenberg (1.), der Direktor der Genossenschaftskasse Hr. v. Huene (3.) und Dr. Sattler (10.), der als wackere Nationalliberaler im ersten Theil seiner Rede zur Vorsicht mahnte und eine Prüfung in der Richtung anrieth, ob nicht durch die Kasse die Gefahr einer ungesunden Kreditentwicklung heraufbeschworen werde, dann aber sich nicht nur zur Bewilligung der Erhöhung des Grundkapitals auf 50 Millionen bereit erklärte, sondern sogar eine solche auf 100 Millionen nöthigenfalls zu gewähren geneigt war.

Die Vorlage wurde der Budgetkommission überwiesen. Morgen: Initiativanträge.

Das Herrenhaus trat heute nach längerer Pause wieder einmal zusammen. Ohne Widerspruch nahm es die Erklärung des Landwirtschaftsministers entgegen, daß die Regierungsmassregeln zur Verhütung der Hochwasserkatastrophen verlagert werden.

Morgen versammelt sich wieder das „hohe Haus“, dessen Mitglieder die „agrarisches Woche“ zur Abhaltung einiger Sitzungen ausnützen.

Die „Sammel“-Politik. Herr Miquel hat das Wort von der Sammlung der nationalen Parteien angebracht. Die holden Zeiten des Bismarck-Nationalismus möchte er wieder herbeiführen, um mit einer gefügigen Reichstags-Mehrheit bequeme Arbeit zu verrichten. Das Wort von der „Sammlung“ hallt, seitdem der schlaue Miquel es gesprochen, Gasse auf Gasse ab. Die Regierung thut ihr möglichstes, um das Wort zur Wahrheit zu machen, und die Parteien, welche jetzt im Reichstage eine reaktionäre Minorität bilden und sich nach der Kartellzeit Maieinblut zurückziehen, sind eifrig bemüht, die Bemühungen der Regierung zu unterstützen.

Aber ach, die Sache ist nicht so einfach. Schon das Zentrum macht ein großes Loch in die Spekulationen und Hoffnungen der Sammeleifrigen. Das Zentrum weiß, daß die Sammelpolitik, wenn sie auch jetzt nicht unmittelbar ihm den Krieg erklärt, schließlich doch seine Kreise zu stören, ihm die große ausschlaggebende Stellung in der deutschen Reichspolitik zu rauben gedenkt. Das Zentrum steht daher den Sammelbestrebungen sehr skeptisch gegenüber.

Aber auch sonst wachsen die Dämme der Sammelpolitik nicht in den Himmel. Gerade diejenigen, die gar eifrig für das Sammeln predigen, sträuben sich aufs heftigste, wenn das Sammeln von ihnen einige Entsaugung fordert. Auf dem konservativen Parteitag in Dresden wurde die Sammelpolitik verherrlicht, im Zirkus-Buch wurde dieselbe Politik von den Bündlern gefeiert, die Antifreimithen sind für das Sammeln und die Nationalliberalen sind nicht weniger für das Sammeln. Doch jede dieser Richtungen denkt sich das Sammeln so, daß sie selbst den Mittelpunkt bilden soll und die anderen sich gefügig an sie anschließen.

So giebt es Zwist und Haber in Fülle unter den Miquel-Jüngern. In Dresden wurde gesammelt und gleich nach Dresden fuhr man nach allen Richtungen auseinander. Jetzt dasselbe Schauspiel; der Bund der Landwirthe spricht sich fürs Sammeln aus und tags darauf schwirren die Pfeile zwischen den feindlichen Brüdern hin und wider.

Die „Kreuz-Ztg.“ klagt, daß der Antifreimithenführer Liebermann v. Sonnenberg im Zirkus-Buch nur „keinen n u b e r e c h t i g t e n E i n b r u c h“ in konservative Kreise begehren will, und sie fragt, was der Herr unter „berechtigt“ verstehe. Und hinter diese Klage verbirgt sich das noch größere Verzele, daß der Bund nicht rückhaltlos eine Abfolge an die Reformpartei ergehen lassen will, daß der Bund

sich etabliert als eine Sonderorganisation über den Parteien und auf Kosten der konservativen Partei.

Der Bund selbst aber spricht in seiner Resolution deutlich aus, daß er zwar einer Politik der Sammlung zustimmt, aber daß er sich diese Politik etwas anders denkt als die Regierung. Was die Regierung der nothleidenden Landwirtschaft bieten zu können glaubt, gilt den Bündlern noch viel zu gering. Ihnen schweben nicht nur erhöhter Getreidezoll und vielerlei „kleine Mittel“ vor, sondern Antrag Kaniz und ähnliche „Ideale“.

Dies aber stößt wieder die Nationalliberalen, die mit in der Sammlung sein sollen, wie sie mit im Kartell waren, vor den Kopf. Die „Nationallib. Korresp.“ wehrte sich schon mehrfach in scharfen Worten gegen eine extrem agrarische Politik, so daß ihr die „Kreuz-Ztg.“ erklärte:

„Wenn die Regierung auf die Wünsche der Nationalliberalen Korrespondenz“ einginge, so würde sie damit nichts anderes thun, als das Zusammengehen der Erwerbsstände, das sie selbst so dringend wünscht, in Frage zu stellen, um einige nationalliberale Mandate in Hannover retten zu helfen. Diesen Weg würden Konservative und Agrarier natürlich nicht mitmachen können, und so würde es für die „Politik der Sammlung“ sehr bald nichts mehr zu „sammeln“ geben.“

Und heute wieder schreibt die „Nat.-lib. Corr.“ über das Bündlerprogramm vom Zirkus-Buch:

„Und in dieses Programm, das zwar eine klare Stellungnahme vertritt, sich aber in allgemeinen Wendungen bewegt, wurden von den leitenden Männern des Bundes die alten extremen Forderungen hineinkommentirt, mit dem Anspruch, daß damit auch die Interessen der Industrie vertreten würden, obwohl deren maßgebende Vertreter das wirtschaftspolitische Bundesprogramm nachdrücklich zurückgewiesen haben, im Interesse der Industrie und der Arbeiter, die sie zu ernähren hat. Und mit welchem Recht beansprucht die Bundesleitung, statt der Regierung ihrerseits den Mittelpunkt des wirtschaftspolitischen Ausgleichs zu bilden, und der Maßstab für die anderen Parteien zu sein, ob diese die vaterländische Produktion fördern wollen oder nicht?“

Herr Miquel sieht wohl, das Sammeln ist nicht so einfach. Die Interessengengensätze zwischen den verschiedenen Gruppen der Kapitalistenklasse sind zu tief, als daß eine Einigung leicht und dauerhaft zu stande gebracht werden könnte.

Einigkeit herrscht bei den Sammelpolitikern nur in Einem: In Haß gegen die Arbeiterklasse, gegen die Sozialdemokratie. Gegen diese Partei soll die Sammel-Parole dienen, diese Partei soll durch die Sammlung bei den Wahlen niedergeworfen werden.

Aber die Sozialdemokratie wird den Kampf auch mit den Sammel-Parteien aufnehmen, mag ihnen die Sammlung besser oder schlechter gelingen. Und sie wird mit ihnen fertig werden, wie sie mit den Kartellparteien fertig wurde.

Die Wahl von 1890 zeigte das Bismarck'sche Kartell in voller Auflösung. Mit den Wochentagen von 1898 wird die Firma Miquel-Posadowsky den Bankrott ihrer Sammelungs-politik ausgeben müssen!

Neue Artillerieforderungen! In der Budgetkommission des Reichstags gab der Abg. Müller-Fulda der Meinung Ausdruck, es werde noch im Laufe dieses Jahres eine erhebliche Verklärung der Artillerie gefordert werden. Diese Bemerkung des Abg. Müller wurde von den Regierungsvor Vertretern in der Kommission ohne jeden Widerspruch hingenommen. Auch die Kommissionsmitglieder nahmen keinen Anlaß, an diese Aeußerung eine Besprechung zu knüpfen, was sich wohl dadurch erklärt, daß die Meinung, welcher Abg. Müller Ausdruck gab, in Reichstagskreisen allenthalben verbreitet ist. Man ist schon jetzt der Ueberzeugung, daß die Regierung beabsichtigt, mit Ablauf des Militärgesetzes vom Jahre 1893, das heißt zum 1. April 1899, neue Erhöhungen der Friedenspräsenzstärke der Armee, insbesondere eine Vermehrung der Artillerie eintreten zu lassen. Daß diese Ueberzeugung richtig ist, beweist jetzt das Schweigen der Regierungs-Kommission in der Kommission.

Es stehen also nicht nur Neuforderungen für die Durchführung der Umgestaltung des Artilleriematerials in Aussicht, sondern auch Neuforderungen für eine Vermehrung der Artillerie.

Die Aussicht auf diese kolossalen militärischen Forderungen läßt aber die jetzigen Marineforderungen des Herrn Tirpitz um so bedenklicher erscheinen. Auch jeder bürgerliche Politiker, der sich nicht aller Rücksichtnahme auf die Steuerkraft der arbeitenden Klassen des deutschen Volkes überheben hält, muß sich aufs ernstlichste fragen, ob er ein derartiges ungeheuerliches Anschwellen des Etats des Heeres und der Marine befördern darf!

Die Nationalliberalen und das Reichstags-Wahlrecht. Der ehemalige nationalliberale Reichstags-Abgeordnete Professor Georg Meyer, Lehrer an der Heideberger Universität, hat lehthin in einer Rede über die Entstehung und Ausbildung des allgemeinen Stimmrechts die Meinung ausgesprochen, er vermöge „in den vielfach erhobenen Ruf nach Abschaffung des allgemeinen Stimmrechts nicht einzustimmen“. Professor Meyer schilderte das allgemeine Stimmrecht als nothwendiges Ergebnis einer langen geschichtlichen Entwicklung und er wird dafür in der gemäßigt-liberalen Presse eifrig gefeiert.

So weit ist es schon gekommen, daß ein Nationalliberaler sich besonderes Lob erwirbt, wenn er nicht in den Ruf nach Abschaffung des allgemeinen Wahlrechtes mit ein-

stimmen will. Und nicht mit Unrecht wird der Heidelberger Professor gelobt. Kann nationalliberal sein und Gegner des Reichstags-Wahlrechts sein, ist heutigen Tages schon fast gleichbedeutend. Waren es in Sachsen doch gerade die Nationalliberalen, welche am eifrigsten für die Beseitigung des früheren Landtags-Wahlrechts und die Einführung des Dreiklassen-Wahlrechts eintraten. Und auch der Professor Meyer ist, so weit wir sehen, nur gegen die Beseitigung des „allgemeinen“ Stimmrechts eingetreten; vom gleichen und vom direkten Wahlrecht hat er nicht gesprochen. Nach der Nationalliberalen bisherigen Thaten ist auch den scheinbar unverfänglichen ihrer Worte nicht einen Augenblick zu trauen!

Die Kretafrage steht noch auf dem alten Fleck. Rußland verlangt die Einsetzung des Prinzen Georg von Griechenland als Gouverneur. England und Frankreich sind damit einverstanden. Der Sultan sträubt sich heftig. Oesterreich-Ungarn protestirt und Deutschland macht Wien, den „Konzertsaal“ zu verlassen. Rußland hat erklärt, die anderen Mächte sollten andere Vorschläge machen und suchen, ob dieselben durchführbar seien. Von solchen Vorschlägen verlanget aber bisher nichts. Der Name des früheren Kandidaten für die Gouverneurstelle, des Schweizer Numa Droz, wurde zwar dieser Tage wieder viel in der Presse genannt, aber von einem offiziellen Vorschlag dieser Kandidatur durch eine der Mächte ist nichts bekannt geworden. Die Sache ist, wie es scheint, auf den todten Punkt gerathen. In Athen er Hoffreisen hält man, wie gemeldet wird, die Kandidatur des Prinzen Georg für durchaus gesichert. Der Prinz werde seine Rundreise durch Europa bis Ende April ausdehnen und Anfang Mai von Rußland aus auf einem russischen Kriegsschiffe durch den Bosphorus fahren, um dem Sultan einen Huldigungsbesuch abzustatten. Alsdann wird er am Bord desselben Schiffes nach Kreta fahren, wo zugleich englische und französische Schiffe zu seiner Begrüßung und Unterstützung eintreffen sollen.

Der indische Grenzstreit kam am Montag im englischen Unterhaus zur Besprechung. Lawson, Dalton mißbilligte die dauernde Besetzung von Tschitar und die Aufrechterhaltung der Festungen auf der Straße von Peshawar durch das Gebiet unabhängiger Stämme und beklagte die daraus entstandenen Folgen; die Sicherheit und Wohlfahrt des indischen Reiches werde am besten durch die Achtung der Unabhängigkeit der Grenzstämme und die Vermeidung der Besetzung ihres Gebietes gefördert. Der Staatssekretär für Indien Lord Hamilton vertheidigte darauf die Politik der Regierung. Eine Vorwärtspolitik sei notwendig in Folge des Vordringens Rußlands in Zentralasien und infolge der Verträge mit dem Emir von Afghanistan. Aber, möge man die Vorwärtspolitik richtig oder unrichtig sein, beide Parteien seien verantwortlich dafür. Was die Zukunft betreffe, so habe England, während es demüthig sein müsse, freundliche Beziehungen mit den Bergstämmen herzustellen, auch die Pflicht, seine Gewalt über die Straßen aufrecht zu erhalten. Fowler unterstützte das Amendement Watson's und meinte, Englands Politik an der indischen Grenze solle eine Politik der Konzentration sei. Die größte Gefahr, welche die Nordwestgrenze bedrohe, sei die Politik des aggressiven Militarismus.

Zur Situation in China. Aus Shanghai meldet das „Bureau Neuter“: In Port Arthur liegen jetzt sechs russische und drei chinesische Kriegsschiffe. Die Russen errichten Kohlen-Depots. Sie haben bereits ein Depot errichtet, das 4000 Tonnen enthält.

Der Korrespondent der „Times“ in Odessa erzählt, daß zwischen Rußland und der Türkei Verhandlungen schweben über die Frage, einen russischen Panzerkreuzer der Schwarzmeer-Flotte die Durchfahrt durch den Bosphorus zu gestatten, um dem Schiffe zu ermöglichen, zu der russischen Flotte in Ostasien zu stoßen.

Deutsches Reich.

Das Flottengesetz wird in dieser Woche in der Budgetkommission, da diese noch vollumfänglich beschäftigt ist, nicht mehr zur Verathung gelangen. Die „Nat.-Lib. Corr.“ bemerkt dazu: „Der ausschlaggebende Punkt (Zentrum) eilt die Sache nicht sehr, denn sie hat bisher immer die gesuchte Marschlinie noch nicht gefunden. Ueber die Stellungnahme der polnischen Fraktion gehen verschiedene Versionen durch die Blätter. Die neueste lautet, die Fraktion habe ihren Kommissionsvertreter instruiert, gegen das Flottengesetz in der vorliegenden Fassung zu stimmen. Da in der polnischen Fraktion nach Fraktionsstatut die jeweilig anwesende Mehrheit die Stellungnahme aller entscheidet, so kann sich diese je nach der Stärke der in der Fraktion jeweilig hervortretenden Strömung noch im letzten Augenblick ändern. Jetzt leidet die polnische Fraktion unter demselben Absentismus wie der Reichstag.“

Die Beschleunigung der Verhandlungen im Abgeordnetenhause durch den neuen Präsidenten v. Kröcher fällt allgemein auf. Die „Freisinnige Zeitung“ bemerkt dazu: „Nicht nur, daß die Verhandlungen länger in den Nachmittagsstunden fortgesetzt werden, kündigt Herr v. Kröcher schon jetzt Abendbesprechungen an. Man will daraus entnehmen, daß in Uebereinstimmung mit der Regierung ein Schluß der parlamentarischen Saison auch des Landtages bis Ostern beabsichtigt wird und daß die Neuwahlen auch zum Landtage schon in diesem Frühjahr stattfinden sollen. Bekanntlich hat auch einmal der Landwirtschafts-Minister in einer Rede angedeutet, man habe das Land mit Vorzügen nicht überlastet, um den Mitgliedern nachher Zeit für die Wahltagung übrig zu lassen.“

Das System Stephan-Fischer ist in der Postverwaltung etwas gelockert worden. Dafür soll es desto energischer im Reich des Herrn v. Miquel angewandt werden. In einem Erlasse des Finanzministers heißt es:

Besonders haben schon seit längerer Zeit diese Bestrebungen zur Gründung und allgemeinen Ausbreitung von Vereinen geführt, die es sich zur Aufgabe machen, die dienstlichen Standesinteressen ihrer Mitglieder zu vertreten, insbesondere Rang-erhöhungen, Verbesserung des Einkommens und dienstliche Erleichterungen zu erreichen, sei es durch Massenpetitionen, sei es durch die Agitation in der Presse, wobei mehr oder weniger verheißt zum Ausdruck gebracht wird, daß die Verwaltung kein Verstand für den Werth der Leistungen der Beamten und für ihre Bedürfnisse oder kein Interesse für die Besserung der Lage einzelner Beamtenklassen zeige. Da solchen Vereinsgründungen der Gedanke zu Grunde liegt, daß man durch ein derartiges Zusammenkommen einen verfahrenen und daher erfolgreicheren Druck auf die Entschliessungen der Vorgesetzten ausüben vermöge, so können sie nicht geduldet werden, wenn nicht die Disziplin gelockert werden soll.

Von der Fälschung der Zentralfeste werden die Beamten durch diesen Erlaß kaum völlig überzeugt werden.

Das Regulierungsprojekt der schlesischen Gebirgsflüsse scheint nunmehr greifbare Gestalt anzunehmen. Wie die „Schles. Ztg.“ hört, sind die Meliorationsbau-Inspetoren angewiesen, ihre Arbeitsdispositionen so zu treffen, daß sie nach erfolgter Bewilligung der erforderlichen Mittel durch den Landtag sofort in ausgebreiteter Weise, unter Zuziehung weiterer Hilfskräfte, mit der Ausführung der Projekte beginnen können. Zunächst sollen für die Ausführung der Projektentwürfe in Betracht kommen der Bober mit Gaden und Quis, die Weistritz, die Glager Neisse und die Hogenploh.

Nach den Mittheilungen des Landwirtschafts-Ministers im Herrenhause über die heutige Kronratssitzung dürfte selbst bis zur Fertigstellung der Projekte noch recht geraume Zeit verstreichen.

— Zum Kampfe gegen das amerikanische Petroleum-Monopol. Wie bereits vor einiger Zeit mitgeteilt wurde, beabsichtigt die preussische Eisenbahnverwaltung die Einfuhr von Petroleum und Rohbenzin aus Ungarn durch Gewährung von Frachtermäßigungen zu fördern. Wie wir hierzu weiter mittheilen können, soll Ungarn als Gegenleistung für diese Frachtermäßigungen deutschen Waaren in Ungarn Frachtermäßigungen gewähren. Es sind deshalb Gutachten eingeholt worden, für welche deutschen Ausfuhrgegenstände Frachtermäßigungen wünschenswerth sein würden.

Ungarn kommt für die Petroleumversorgung Deutschlands vornehmlich durch seine großen Raffinerien russischen Petroleum in Biume, seinen Hafen am adriatischen Meere, in Frage, so daß ein weiterer Landtransport erforderlich sein würde.

— Auch die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsprüfer ist nun zusammengetreten. Graf Mirbach-Sorquitten eröffnete die Sitzung mit einer Sammlung aller agrarischen und bimetallistischen Beschwerden.

Erster Verhandlungsgegenstand war: Erlaß eines Gesetzes betreffend den Verkehr mit Futter- und Düngemitteln sowie Sämereien. Einstimmig wurde folgende Erklärung angenommen:

Der Erlaß eines Gesetzes gegen die Verschärfung von künstlichen Düngemitteln und Kraftfuttermitteln erscheint in Rücksicht auf die vielen schweren Schädigungen, welche die Landwirtschaft im Handel mit Längen- und Futtermitteln erleidet, notwendig. Es ist aber wünschenswerth, ein solches Gesetz auch auf den Handel mit Saatgut auszudehnen.

In den Vorstand werden hierauf gewählt: Graf Mirbach-Sorquitten (1. Vorsitzender), Frhr. v. Mantuffel (2. Vorsitzender) und Dr. v. Frege (Stellv.). Der Ausschuß wird wieder gewählt. Hierauf tritt eine Pause ein.

Nach der Pause sprach Landtagsabgeordneter Dr. Otto Krendt über die Frage:

Welche Schritte sind zur Förderung einer internationalen Verständigung über die Währungsfrage zu thun, nachdem das Londoner Großkapital die englische Regierung zu einer der Lösung dieser Frage feindlichen Stellungnahme gezwungen hat?

Seine Ausführungen gipfelten in dieser Resolution:

Die ablehnende Haltung der Londoner City der Währungsfrage gegenüber hat deren Lösung erschwert, aber ihre Bedeutung nicht abgemindert. Die Lösung bleibt das unverändert anzustrebende Ziel weitsichtiger Volkswirtschaft und einer praktischen wirkungsvollen Sozialpolitik.

Auch diese Resolution fand einstimmige Annahme, was mehr für die Goldmarkpolitik und Denkschrift als für das Wissen der Herren und ihre Einsicht in die wirtschaftliche Entwicklung spricht. Es folgte ein ausführliches Referat des Rechtsanwalts Dr. Eschenbach über die Frage:

Welche Maßnahmen sind erforderlich, um der Landwirtschaft einen billigen Personalkredit zuzuführen — unter besonderer Berücksichtigung des Lombardkredits.

In Gemeinschaft mit dem Korreferenten Abg. v. Kardorf legte er folgende Resolution vor:

1. Soweit das Personalkreditbedürfnis des größeren Grundbesitzes nicht auf dem gewöhnlichen genossenschaftlichen Wege befriedigt werden kann, sondern die Lombardirung von Produkten erheischt, empfiehlt sich folgender Weg:

Die Interessenten eines größeren Umkreises gründen eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht; die zu lombardierenden Produkte werden in — event. dem betreffenden Besitzer von der Genossenschaft abgemietete — Räume gesammelt und bis zu 2/3 des Tagespreises verpfändet. Der Verpfänder hat — unter strenger Kontrolle — für die Fortdauer guter Beschaffenheit der Waare zu haften.

2. Es ist eine Aenderung des Status der Reichsbank erforderlich, welche ihr durch Verstärkung ihrer Fonds, durch Erleichterung der vermehrten Notenausgabe und durch andere Vorschriften die Möglichkeit gewährt, zu ähnlich niedrigen Zinssätzen wie die französische Bank Kredit zu gewähren.

— Die Hege gegen die Gewerbegelehrte, die eine Zeit lang geruht hat, wird von der großkapitalistischen „Köln. Ztg.“ wieder aufgenommen. Sie fordert nichts weniger als Abschaffung der Wahlen der Gewerbegelehrten-Richter und Berufung der Auswahl derselben, ähnlich wie bei den Schöffen und Geschworenen, und Unterstellung der Gewerbegelehrten unter das Justizministerium. Wenn man den Gewerbegelehrten das Vertrauen, daß sie sich nicht nur bei den Arbeitern erworben haben, rauben will, dann schaffe man die Wahlen ab.

Als Arbeit für den sozialen Frieden stellen sich die Vorschläge der „Köln. Ztg.“ nicht dar.

— Vier chinesische Orden vom doppelten Drachen sind an Beamte des Reichs-Marine-Amtes verliehen worden. In welcher Bezeichnung dieser Orden mit der Befehlsung von Kiaotschau steht, können wir nicht feststellen.

Bernau, 15. Februar. Bei der heutigen Landtags-Erschließung im 4. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Potsdam an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Freiherrn v. Gerdau wurde nach amtlicher Feststellung der Reichstags-Abgeordnete Professor Pauli zu Eberwalde (freikonservativ) mit 691 von 696 abgegebenen Stimmen gewählt.

München, 14. Februar. (Eig. Bericht.) Die Kammer beschloß heute mit den von der Regierung gemachten Vorschlägen behufs Reorganisation des Polizeiwesens, die auf eine Dezentralisation der Münchener Polizei abzielen. Es sollen fünf Polizei-Kommissionen neu errichtet und die Gendarmen-Kompanie in eine Schutzmannschaft mit drei Polizei-Offizieren an der Spitze umgewandelt werden.

Seitens der sozialdemokratischen Fraktion wurde dagegen folgender Antrag gestellt:

Die Kammer wolle beschließen,

1. die Anträge für die Errichtung von fünf Polizei-Kommissionen, sowie die für drei Polizei-Offiziere zu streichen;
2. anstatt dessen die Aufstellung von 18 neuen Polizei-Bezirks-Kommissionen, sowie von 4 Inspektoren zu genehmigen, denen die Kontrolle der Bezirkskommissionen, sowie die Leitung der Schutzmannschaft zu übertragen ist;
3. die Etatsabteilung „Polizeidirektion“ und „Schutzmannschaft“ zur anderweitigen Feststellung der Budgetsiffern an den Ausschuß zurückzuverweisen.

Bei Begründung dieses Antrags kritisierte Genosse v. Bollmar in scharfer Weise die veraltete und ungewöhnliche Organisation des Polizeidienstes in München. Wenn früher wir Sozialdemokraten die Reform der Münchener Polizei verlangten, mußte der Minister nicht genug die Güte und Fortschrittlichkeit der Münchener Polizeiorganisation zu rühmen. Es bedurfte erst einer Reihe von unentdeckt gebliebenen Verbrechen, um in der weitesten Öffentlichkeit die Ueberzeugung hervorzurufen, daß nicht bloß eines, sondern sehr vieles faul und mangelhaft sein müsse. Es muß, wenn man erreichen will, daß die Älteren, erfahrenen Leute in Dienst bleiben, die Behandlung der Leute besser werden. Der militärische Jopf, Drill, Gamaschendienst muß verschwinden, und Sicherheitsbeamte dürfen nicht wie Rekruten behandelt werden. Dazu ist aber notwendig, daß die Offiziere in der Gestalt, wie sie jetzt bekannt sind und wieder als „Polizei-Offiziere“ vorgeschlagen sind, wegfallen. An Stelle von Offizieren ließen sich Inspektoren anstellen. Für den Dienst der Rekruten in den nächsten wöchentlichen, sprachkundige, anpassungsfähige Leute gewonnen, nicht schlechter als die nächstbesten Militäranwärter genommen werden. Gegenwärtig ist die Zahl der Sicherheitsbeamten viel zu gering, sie haben eine so große Arbeitslast, daß sie diese kaum bewältigen

können und daher wird der Dienst vielfach rein formalistisch. Unter dem Mangel an Personal leidet namentlich das Meldewesen. Redner motivirt sodann seinen Antrag, den er als geeignet bezeichnet, die Frage der Organisationsänderung in viel einfacherer und praktikablerer Weise zu lösen, als die Regierungsvorlage. Redner fährt noch aus, daß heute, wo die Zeitungen ein großes Interesse haben, richtige Berichte über die Versammlungen zu bringen, es unthunlich sei, alle politischen Versammlungen überwachern zu lassen. Sehr oft habe er jene Kommissionen bedauert, wenn sie tagelange in ihrem Bezirk thätig waren und dann abends von 8 bis 12 Uhr noch den Versammlungen anwohnen und danach lange Berichte verfassen mußten. Ferner spricht Redner noch lauslich über die Art und Weise, wie von Seite der Polizei die Bührenzensur gelbt werde, und erwähnt namentlich das Vorgehen gegenüber einzelnen Stücken, wie G. Rosmers „Lammerung“, G. Hauptmann's „Weber“, Hebbel's „Maria Magdalena“ und andere. Wesentlich sei auch die mangelhafte Qualität des polizeilichen Hilfspersonals, das sich zusammensetze aus Leuten mit und ohne Vorbildung, mit und ohne Befähigung, Leute mit mehr oder weniger gutem Verstand. Auch das Projektionswesen greife in sehr unangenehm sichtbarer Weise in die Beförderungen, namentlich in die Anstellung der Offizianten ein. Daher sei eine Prüfung notwendig und eine solche werde auch vom Personal begührt.

Karlruhe i. B., 15. Februar. (Volks-Ztg.) In der Verfassungskommission gab die Regierung die Erklärung ab, daß die Einführung des direkten Landtags-Wahlrechts „möglich“ sei, wenn ein Theil der Abgeordneten durch Bürgerausschüsse der größeren Städte gewählt würden. Diese Haltung der Regierung entspricht dem früheren nationalliberalen Antrag, wodurch 58 direkt und 16 durch Bürgerausschüsse gewählte Abgeordnete gefordert werden.

— **Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Aus Ratibor wird uns unter dem 14. d. M. geschrieben: Der Tischlermeister Theodor Cziednoba aus Hüllschin wurde von der hiesigen Strafkammer wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt, natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Wegen Verlebens, Beamtens- und Majestätsbeleidigung, letztere in zwei Fällen, hatte sich der bereits 58 Jahre alte Dachdecker Johann Friedrich Wilhelm Hietz vor dem Landgerichte Kiel zu verantworten. Derselbe wurde von dem Referendar Heinrich dabei abgefaßt, als er bei dem Gastwirth Schramm in der Vorstadt bettelte. Auf dem Wege nach dem Polizeigefängniß hat er dann Skandalit und sowohl auf offener Straße wie auch nachher im Polizeigewahrsam die infamirten Verleibungen gegen den Kaiser, sowie den Referendar Heinrich und den Gefängnißhelfer Streich ausgesprochen. Das Gericht zieht in Betracht, daß die Schimpfreden theilweise öffentlich waren, und erkannte auf eine Gesamtstrafe von 7 Monaten Gefängniß und 4 Wochen Haft. Letztere gelten durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt. Auf Ueberweisung an die Landespolizei wurde nicht erkannt, da der Angeklagte in letzter Zeit Arbeit nachweisen konnte. Jedenfalls wird sich der arme Teufel freuen, daß er wenigstens den Winter über nicht auf der Landstraße zu kampiren braucht, denn einen Greis nimmt doch so leicht niemand in Arbeit.

Wegen Majestätsbeleidigung wird am 25. Februar gegen den Redakteur des „Südd. Postillon“, Genosse Ed. Fuchs, vor dem Röchener Schwurgericht verhandelt.

Ungarn.

Budapest, 15. Februar. Abgeordnetenhause. Bei der Verathung des Kultusbudgets erklärte der Unterrichtsminister Blaskics, er beabsichtige das Unterrichtsgesetz einer vollständigen Revision zu unterziehen unter möglicher Berücksichtigung der konfessionellen Gefühle, doch könne die konfessionelle Engbergigkeit nicht geschenkt werden. Er sei kein Freund der Verstaatlichung der Volksschulen, doch forderten die Nationalitäten und besonders die Rumänen die Besserung der Volksschulen, da an denselben auch ihre Muttersprache unterrichtet werde. Er beabsichtige eine Ausweisung der Lehrer auf die Lehrgehälter. Was die Mittelschulen angeht, so gehöre die Zukunft der einheitlichen Mittelschulen. Ferner erklärte der Minister, er beabsichtige eine Akademie der bildenden Künste zu errichten und an ausländischen berühmten Kunstakademien eine ungarische Kolonie zu unterhalten. Das Haus nahm die Erklärung des Ministers mit lebhaftem Beifall auf.

Budapest. (Magdeb. Ztg.) Großes und peinliches Aufsehen erregte im Abgeordnetenhause heute die Rede des liberalen Abgeordneten Kahanovsz, der sagte, zur Bewältigung des Agrarsozialismus würden nicht drei, sondern zehn Regimenter Soldaten nöthig sein. Angesichts des Bauernelends halte er für notwendig, zu bestimmen, daß er im vergangenen Jahre zu seiner Wahl 5000 Gulden erhalten habe. Er sei bereit, diese zurückzugeben. Die liberale Partei veranschlagte drei Millionen Gulden bei den Wahlen; möchten die anderen Gemächten ebenfalls das empfangene Geld zurückgeben. Die Kandidaten der Volkspartei hätten von den Bischöfen Geld erhalten. Der Abgeordnete Kahanovsz erklärte seinen Austritt aus der liberalen Partei. Seine negativen Enthüllungen werden zu erregten Erörterungen führen. Die Bauernbewegung nimmt größeren Umfang an. In der Gemeinde Gijand brach offener Aufruhr aus. Die Bauern erbrachen die Kirchen, zogen die Sturmglocken und widersetzten sich dem anrückenden Militär. Es entspann sich ein förmlicher Kampf. Acht Bauern wurden verwundet.

Budapest, 15. Februar. Aus dem Szabolcer Komitate werden Zusammenstöße zwischen Bauern und bewaffneter Macht gemeldet. Nach zahlreichen Orten wurde Militär entsendet. Das Komitat Jemlin verlangt dringend die Verhängung des Standrechts. An einem Orte sollen bereits Verwendungen vorgenommen sein, worüber jedoch Einzelheiten noch fehlen.

Budapest, 15. Februar. Aus dem Theißgebiete und verschiedenen anderen Bezirken laufen alarmirende Nachrichten ein. Die Bauern befinden sich in vollem Aufruhr, greifen das intervenirende Militär an, sobald es bereits zu mehreren blutigen Zusammenstößen gekommen ist, wobei es auf beiden Seiten Todte und Verwundete gab. Eine Anzahl Räuberschwärme sind verhaftet worden, große Militärvorkämpfungen sind in das Aufbruchgebiet abgegangen.

Frankreich.

Paris, 15. Februar. Dem „Matin“ zufolge beabsichtigen mehrere Senatoren angesichts der im Prozeß Jola erfolgten Enthüllungen über die Dreyfus-Angelegenheit demächst zu interpelliren.

Der Sachverständige Crepierre-Jamain bezeichnet die Ausfage Zepfommieres, betreffend den angeblichen Versuch, in einem offenen Brief als einen absurden und abschüchtlenden Roman. Da Jaurès gegenüber dem Dementi des Redakteurs Papillaud dabei bleibt, Papillaud hätte thatächlich bei ihm von Jaurès im Prozeß Jola zugesandten Neuvernahmen über Esterhazy gethan, so hat Papillaud Jaurès seine Zeugen geschickt.

Belgien.

Lüttich, 15. Februar. (Magdeb. Ztg.) Die Anarchisten haben gestern in Werviers einen Kongreß abgehalten, dem etwa 40 Delegirte bewohnten. Es wurde beschlossen, in verschiedenen Wahlkreisen Kandidaten gegen die Sozialisten aufzustellen. Ein anarchisches Organ unter dem Namen „Mirabeau“ soll gegründet werden.

Spanien.

Madrid, 15. Februar. Der amerikanische Gesandte Woodford stellte gestern dem Ministerpräsidenten Sagasta eine Note bezüglich des Schreibens des spanischen Gesandten in Washington Dupuy de Lome zu, in welcher von Sagasta verlangt wird, die den Präsidenten Mac Kinley beleidigenden Ausdrücke in dem Schreiben Dupuy de Lome's ausdrücklich zu desavouiren. Der Ministerrath trat gestern Abend zusammen, um die Angelegenheit zu prüfen.

Man glaubt, daß er beschloß, dahin zu antworten, die freiwillige Demission Dupuy de Lome's und die Ausdrücke, in welchen das betreffende Dekret, worin die Demission angenommen wird, abgefaßt ist, seien eine ausreichende Genugthuung. Es heißt, Woodford blühte eine nicht amtliche Mitteilung von der Entscheidung des Ministerrates erhalten und dieselbe in einem offiziellen Telegramm nach Washington gefandt haben.

Der Ministerrat beschloß ferner, Luis Polo Bernabe zum Nachfolger Dupuy de Lome's zu ernennen. Ferner wurde beschlossen, die Kammer vor Ende Februar einzuberufen, damit die Neuwahlen am 20. März stattfinden können.

Dupuy de Lome wird sich am Mittwoch nach Liverpool einschiffen. Canalejas hat bei seiner Regierung um Rücktrittung des Briefes Dupuy de Lome's angehalten, um die Diebe des Briefes gerichtlich zu belangen.

Madrid, 14. Februar. Ein Nachspiel zum Philippinen-Konflikt. Große Beunruhigung erregt hier die aus Hongkong eingetroffene Meldung, daß mehrere an dem letzten Aufstande auf den Philippinen beteiligte Führer, welche sich unterworfen hatten und mit Aguinaldos auf einem spanischen Schiffe nach Hongkong gebracht waren, dort von einer englischen Firma fünf kleine Dampfer erworben haben, mit denen sie angeblich in den australischen Gewässern Perlenfischerei betreiben wollen. An Aguinaldos war spanischerseits eine Abfindungssumme von 1 1/2 Millionen Peseten gezahlt worden, und scheinen dieselben mit dem Gide eine kleine Dampferflotte zu neuen Freibeutern auszurüsten zu wollen. —

Rumänien.

Bukarest, 14. Februar. Der Minister des Innern hat an fünfzig Präfekten folgenden Befehl deponiert: „Der wahre Mörder der Stambulows heißt Halia Sulia Mghat. Er ist 31 Jahre alt, blond, von mittlerem Wuchs, kräftige, gut entwickelte Brust; die rechte Hand und der rechte Arm weisen je eine Narbe auf. Leiten Sie eine Untersuchung ein, um den Mörder ausfindig zu machen, und theilen Sie sofort das Resultat Ihrer Forschungen mit. Geben Sie dringlichst dem Ministerium eine Namensliste aller bulgarischen und serbischen Untertanen, welche sich in Ihrem Distrikte aufhalten, und erwähnen Sie dabei auch den Beruf eines jeden.“ —

Türkei.

Konstantinopel, 15. Februar. Der Kommandant der thessalischen Armee Gdhem Pascha hat Befehl erhalten, sich nach Ueslâb zu begeben, und dürfte bereits dorthin abgereist sein. Sodann soll eine Untersuchung der Vorfälle im Ueslâb einleiten; außerdem soll die Anwesenheit des streitbaren Heerführers auf die aufgeregte Bevölkerung einwirken. Verschiedene Mächte haben die Aufmerksamkeit der Pforte auf die bedauerlichen Zustände in Ueslâb gelenkt und entsprechende Maßregeln angerathen. — Im Bildiz-Palast ist man eifrig mit der kritischen Gouverneursfrage beschäftigt. Vorschläge von Seiten der Türkei dürften jedoch wahrscheinlich erst nach dem Ramadan zu erwarten sein. —

Griechenland.

Athen, 14. Februar. Fräulich Kallorid wurde nach fünfjähriger Verurteilung freigesprochen. Derselbe war wegen eines während des griechisch-türkischen Krieges an den damaligen Marineminister Levidis gerichteten Telegrammes, welches schwere Beschuldigungen gegen den Kommodore Sachuris enthielt, vor das Seeskriegsgericht gestellt worden. —

Afrika.

Bratavia, 14. Februar. Die außerordentliche Tagung des Volksrates wurde heute unter den heillosmlichen Feierlichkeiten eröffnet. Nachdem Präsident Krüger das Budget besprochen hatte, bemerkte er, daß die Frühjahrsagung des Volksrates sich nur mit Maßnahmen über die Vertretung der Republik im Auslande, über die Anlage neuer Eisenbahnen und über die Aufnahme der Anleihe für öffentliche Arbeiten zu beschäftigen haben werde; die Fragen der Gesetzgebung und die Reformen würden indessen von der Regierung eifrig betrieben werden. —

Amerika.

Washington, 14. Februar. Das Repräsentantenhaus nahm eine Resolution an, in welcher die Vorlegung des Schriftwechsels verlangt wird, der auf den Ausschluß amerikanischer Wildfleisch, Obstes und amerikanischer Pferde seitens Deutschlands bezug hat. —

New-York, 4. Februar. (Sig. Ber.) Nun ist also richtig die Gerichtskommission in der Hayton-Mordaffäre im Gange. Es war zuerst angenommen worden, daß man Mittel und Wege finden würde, um die ganze Geschichte im Sande verlaufen zu lassen. Das hat man denn doch nicht gewagt, besonders wohl deshalb nicht, weil die österreichische Gesandtschaft sich der Sache angenommen hatte, um eventuell für die Hinterbliebenen des Ermordeten Schadenersatz-Ansprüche geltend zu machen. Wird für die Angeklagten ein freisprechendes Verdict erzielt, resp. kann sich die Jury nicht einigen, so ist diese Sache erledigt. Andererseits ist es den Kohlenbaronen wohl darum zu thun, gerichtlich feststellen zu lassen, daß es ihr „gutes Recht“ ist, die mit Ungeschwollen des Hungertiemens nicht einverstanden Arbeiter einfach niederzuknallen! — Es ist bekannt, daß die Privatpolizei der vereinigten Grubengesellschaften Pennsylvania's seit Ausfertigung der Liste der Personen für den Geschworenendienst bis ins genaueste gehende Erkundigungen über deren Antezedenzen eingezogen hat, so daß die Vertreibung sehr gut darüber informiert war, wen sie ohne Bedenken akzeptieren konnte, während der Staatsanwalt sich damit begnügte, festzustellen, ob der betreffende mit einem der Angeklagten, der beteiligten Grubenbesitzer oder der getöteten und verwundenen Arbeiter verwandt oder bekannt sei. In bezug auf letzteren Umstand muß er zudem nicht einmal sorgfältig verfahren sein, denn die erlenen zwölf weißen Männer (sämtlich geborene Amerikaner, deren Vorfahren meistens schon vor Generationen einwanderten), sind fast alle Leute, die von den Grubengesellschaften abhängen, indem sie für dieselben Arbeiten liefern. Sind jene doch überhaupt thätiglich die fast unerschütterlichen Herrscher in den Kohlenrevieren, in denen sie selbst die öffentlichen Wege als zu ihrer alleinigen Nutzung vorhanden betrachten! (Es war ein solcher öffentlicher Weg, auf dem das Massaker stattfand.) Die Belastungszeugen sind fast ausschließlich an der Affäre beteiligt gewesen Arbeiter, mit Ausnahme eines katholischen Priesters und eines evangelischen Pfarrers, welche der Morderei von Ferne zugeschaut, aber nichts von den vorher gesagten Worten vernommen haben. Von dem Schulmeister und dessen Assistentin, welche sich den ersten Meldungen über das Blutbad gemäß in unmittelbarer Nähe befunden hatten, ist nichts erwähnt!

Die Umsatzsteuer im sächsischen Landtag.

Dresden, 15. Februar.

Der Vater der sächsischen Konsumvereine. Sonder-Bekanntmachung. Abg. und Bürgermeister Müller aus Rohnweitz hat mit seinen konservativen Genossen eine Interpellation im Landtage eingebracht über die Stellung, welche die Regierung zu der seitens der Gemeindefürsorge vorgeschlagenen Umsatzsteuer einnimmt. Die betr. Umsatzsteuer ist erst durch eine Verordnung der Regierung vom 12. Mai 1896 ermöglicht worden. Müller begründet seine Interpellation unter Bezugnahme auf diverse Petitionen, die zum Schutze des Kleinhandels eine besondere Besteuerung für Filialen von großkapitalistischen Vereinigungen auf dem Gebiete des Detailhandels fordern. Redner bemängelt die verschiedenartige Handhabung dieser Verordnung seitens der Kreisobermannschaften, die die Gemeinden zu keinem einheitlichen und energischen Vorgehen kommen lassen.

Minister des Innern v. Meißner nimmt Bezug auf spätere Verfügungen vom Mai und September 1897, durch die auch Einzelpersonen mit dieser Umsatzsteuer belegt werden können, um die großkapitalistischen Vereinigungen in der gewünschten Weise zu treffen. Wenn die Konsumvereine für den Kleinhandel große Nach-

theile hätten, so hätten sie doch auch für den Konsumenten gewisse Vorteile und hätten vor allen Dingen Breche gelegt in die ungeliebte Borgwirtschaft. Die Verordnung vom 12. Mai 1896 sei allen Kreisobermannschaften mitgeteilt worden, mit der Maßgabe, über den Erfolg zu berichten. Berechtigt sei die Umsatzsteuer nur dort, wo durch Konsumvereine und andere Vereinigungen die Gefahr entstehe, daß der ortsauswärtige Kleinhandel ruiniert werde. Dieser Schutz des Kleinhandels habe auch die spätere Verordnung bedingt, daß auch Einzelpersonen durch die Umsatzsteuer getroffen werden können, da es für die Existenz des Kleinhandels gleichgültig sei, ob es von einer großkapitalistischen Vereinigung oder von einer großkapitalistischen Einzelperson bedroht werde. Die Steuer sei von den Gemeinden zu erheben, da sie am besten das örtliche Bedürfnis zu beurteilen wüßten. Eine höhere Besteuerung als mit 2 pCt. des Umsatzes sei „vor der Hand“ nicht zugelassen. Eingeführt sei die Steuer in elf Städten und 9 Landgemeinden, in 11 anderen Städten und 18 Landgemeinden sei sie geplant. Die Regierung wolle den Mittelstand schützen, wo und wie sie könne, sie könne aber die Umsatzsteuer nicht einführen, wo eine direkte Gefährdung der großkapitalistischen Betriebe, insbesondere auch der Konsumvereine, zu befürchten sei. Er für seine Person habe gelinde Zweifel, ob die Umsatzsteuer den gewünschten Erfolg haben werde; das Kleingewerbe müsse sich auch selber rühren, insbesondere den Wert der Interessengemeinschaften erkennen.

Abg. Seifert (Soz.) konstatiert, daß der Antrag Müller die Regierung nur in eine arge Klemme gebracht habe; das gehe aus der Antwort des Ministers hervor. Erst habe man nur die Konsumvereine fassen wollen, die Verhältnisse haben die Regierung gezwungen, die großkapitalistischen Betriebe auch heranzuziehen, ohne daß der gewünschte Erfolg eintreten werde. Warum wolle man nur den Handelsstand fassen und nicht die großen Betriebe überhaupt, die großen Fabriken, die großen Mittergüter u. s. w.? Das gehe einfach nicht; man könne die wirtschaftliche Entwicklung nicht zurückschrauben. Der Handelsstand sei gefahrt worden, weil sich hier Arbeitergenossenschaften gebildet hätten. Die Gemeinden richteten die Steuer so ein, daß nicht die Einzel-Großbetriebe, sondern nur die Konsumvereine getroffen würden. Die Stadt Rohnweitz, wo Müller Bürgermeister sei, habe die Umsatzsteuer abgelehnt. Die projektirte Vermögenssteuer sei als Vermögens-Kontribution bezeichnet worden, man scheue sich aber nicht, die armen Mitglieder der Konsumvereine besonders zu besteuern. Die Maßregeln gegen die Konsumvereine seien beständig verschärft worden, hätten aber nur die Mitgliederzahl erhöht. Dieser Zuwachs beweise das vorhandene Bedürfnis. Wer hier einen Antrag auf Befreiung der Fabriken einbringen wolle, um das Handwerk zu schützen, den würde man wohl von einem Jrenearzt untersuchen lassen. Die gesetzliche Zulässigkeit der Steuer sei durchaus nicht zweifelhaft. Redner legt weiter die Vorteile der Konsumvereine für die unteren Volksklassen dar.

Abg. Grohmann (L.) meint, man habe in der Schanksteuer bereits einen Vorgänger der Umsatzsteuer; er will besonders die Filialen getroffen wissen und würde sogar für eine Steuer von 5-4 pCt. zu haben sein. Die hohen Dividenden der Konsumvereine würden nur durch minderwertige Waaren erzielt. Die Konsumvereine seien nur Versorgungsanstalten für sozialdemokratische Agitatoren; die Lagerhalter seien die „Stadeladvokaten“ für die Arbeiter; dort holen sich die Arbeiter in allen Fragen Auskunft. Die Beamten-Konsumvereine seien etwas Anderes; sie rümpften nicht den Handel durch eigene Unternehmungen, sondern sicherten ihren Mitgliedern billigeren Einkauf bei den Geschäftleuten.

Abg. Dr. Schill (natl.) erklärt sich namens seiner Partei gegen die Umsatzsteuer, weil sie nur die Mindestbemittelten treffe. Wenn man einmal etwas thun wolle, müsse man die Steuer so hoch bemessen, daß man die Konsumvereine dadurch ruiniere. Die Umsatzsteuer stehe in Widerspruch mit der Reichs-Gewerbe-Ordnung. Der Kleinhandelsstand werde nicht zurecht, sondern vernehme sich in ungesunder Weise. Der Großbetrieb lasse sich nur schwer definieren.

Abg. Frähdorf (Soz.) vermißt hinter der Interpellation andere Motive, denn die Konservativen hätten die Meinung der Regierung privatim erfahren können. Die Interpellation sei Wahlpolitik; man wolle den Antisemiten für die Reichstags-Wahlen nur den Wind aus den Segeln nehmen und sich an das Kleingewerbe ansetzen. Die Sozialdemokratie habe mit den Konsumvereinen nichts zu thun, diese seien Privatunternehmungen. Wenn man die Konsumvereine als Sinecuren für Agitatoren bezeichne, so seien die Gemeindevorstände Posten Sinecuren für die konservativen Parteigänger. (Große Unruhe.) Grohmann habe vom Zukunftsstaat gesprochen. Was verstehe ein sächsischer Gemeindevorstand vom Zukunftsstaat? (Große Heiterkeit.) Der kürzlich stattgefundene Konsumvereins-Vertretertag habe um Abordnung eines Regierungsvertreters ersucht, damit die Regierung sich über die Wünsche der Konsumvereine informiere; für Arbeitervertretungen aber habe man wohl 40 bis 50 Gendarmen, aber keinen Regierungsvertreter zur Verfügung. In Deuben bei Dresden wolle man eine Umsatzsteuer über den Konsumverein verhängen, nicht um dem Kleinhandels zu helfen, sondern um einen sozialdemokratischen Boykott über einen Gasthof niederzuschlagen. Das sei eine Nache-politik; die Umsatzsteuer führe in diesem Falle zur Korruption, zum Unfug. Anderwärts plane man die Ermäßigung der Grundsteuer auf Kosten der Umsatzsteuer; man werde die Steuer schließlich noch zu Bismarck-Denkmalen verwenden. Warum solle der Arbeiter gerade die Kränze erhalten? Welt man sich das ordnungspolitische Stimmrecht erdanken wolle. Den Arbeitern habe man das Wahlrecht genommen, jetzt wolle man ihnen das Vereins- und Versammlungsrecht und das Realisationsrecht nehmen, und außerdem wolle man ihnen noch die Umsatzsteuer aufhalsen; die Vermögenssteuer aber, die die Besitzenden treffe, lehne man ab. Man möge die indirekten Steuern und die Einkommensteuer ermäßigen, das werde dem Mittelstand mehr helfen, als die Umsatzsteuer. (Der Präsident zählt eine ganze Reihe Verträge gegen die parlamentarische Ordnung auf und ruft den Redner zur Ordnung, bedauernd, daß ihm andere Mittel nicht zur Verfügung stehen.)

Minister v. Meißner: Die Versammlung der Konsumvereins-Vertreter sei eine Protestversammlung gewesen, die sich gegen die geplante Umsatzsteuer gerichtet habe; da könne man dem Ministerium nicht zumuthen, sich vertreten zu lassen.

Es sprachen dann noch die sozialdemokratischen Abgeordneten Horn und Grünberg gegen die Steuern, der Kammer-Schriftführer Streit für Besteuerung der Filialgeschäfte, ebenso der konservative Abg. Leopold, Bürgermeister von Dresden, für die Steuer. Der Abg. Müller (konf.) erklärte: Wenn man ein gleich gutes Mittel wie die Umsatzsteuer auch für die Großbetriebe in der Produktion angeben wisse, sei er auch hier für den Schutz des Mittelstandes zu haben.

Ein Schlussantrag machte der Debatte ein Ende. — Der Schluss des Landtags ist auf den 27. April angesetzt worden.

Parlamentarisches.

Budgetkommission. Die Kommission erledigte ohne erhebliche Debatten die Kapitel 20 bis 23. Bei Kapitel 24, Geldverpflügung der Truppen, fragt Abg. Baasche an, ob es wahr sei, daß bei der Artillerie eine Anzahl überzähliger Sekondeleuten sei, die ein Jahr und länger mit fährnischgehalt auskommen müßten und ob, da bei der Infanterie Offiziere mangelten, nicht für jene eine Gehaltshilfsverweisung eintreten könne. Der Vertreter der Militärverwaltung befragt das Vorhandensein eines Ueberschusses von Artillerieoffizieren. Die etatrechtlichen Bestimmungen erlauben aber keine Uebertragung der Gehaltspositionen. Uebrigens sei der Ueberschuß an Offizieren vorübergehend. Abg. Müller-Fulda: Der Abg. Baasche möge sich beruhigen, es werde noch im Laufe dieses Jahres eine erhebliche Verstärkung der Artillerie gefordert werden, alsdann kämen die überzähligen Offiziere unter.

Bei Titel 2 Kapitel 24 weist der Referent Abg. Graf Moan darauf hin, daß ein erheblicher Mangel an jüngeren Ärzten vorhanden sei, es sei dringend geboten, die Gehaltsverhältnisse dieser Herren zu verbessern. Bei den Assistenzärzten sollten nicht weniger als 67 pCt. fehlen. Im Laufe der Debatte macht der Major Mantel interessante Mitteilungen über die Thätigkeit des hygienischen Laboratoriums, insbesondere sei neuerdings ein Mittel erfunden worden, schlechtes Trinkwasser in gutes zu verwandeln, durch Beimischung eines chemischen Präparats. Abg. Bebel fragt an, ob die ungemein großen Managements unter den Assistenzärzten nicht zu einem großen Theil darauf zurückzuführen sind, daß man jüdische Ärzte nicht zu Assistenzärzten heranziehe. Die Juden stellten heute ein großes Kontingent zu den Ärzten, blieben diese bei der Veranlagung zur militärischen Stellung außer Betracht, so sei ihm das Managements erklärlich. Die Armeebanche aber recht viel Ärzte, die bezüglich den Einrichtungen seien für den Ernstfall durchaus unzulänglich. Gen.-Major v. d. Voock: Es bestehe keinerlei Bestimmung, wonach jüdische Ärzte nicht Militär-Ärzte werden könnten, bis vor kurzem hätte es auch noch solche in der Armee gegeben. Abgeordneter Bebel: Das letztere sei ihm bekannt, aber die Antwort genüge nicht. Er glaube auch, daß keine Vorschriften beständen, daß jüdische Ärzte nicht Militärärzte werden könnten, aber es habe sich vermuthlich eine Praxis herausgebildet, die jüdische Ärzte als Militärärzte fernhalte. Die jüdischen Ärzte bildeten hier in Berlin sicher weit über 50 pCt. aller Ärzte, darunter viele von erster Bedeutung, diese seien in der Armee sehr schwach vertreten. Den Antisemiten möge unbenommen sein, wenn er sage, daß gerade die Juden auf dem medizinischen Gebiet großes geleistet; warum wolle man ihre Kräfte für die Armee nicht verwerthen? — Die Forderung des Titels wird bewilligt.

Bei den Forderungen für Sachsenmacher und Sattler kommen Petitionen derselben zur Sprache. Der Referent Abgeordneter Graf Moan bedauert im Interesse der Disziplin, daß Militärbeamte petitionirten, Abgeordneter Lieber nimmt die Petenten in Schutz. Abg. Radtke bringt einen Fall zur Sprache, wonach ein Aspirant von der Wahl zum Offizier ausgeschlossen worden sei, weil er einer katholischen Studentenverbindung angehörte, die das Duell perhorresziere. Generalmajor v. d. Voock erklärt: Dieses sei unzulässig, er bitte den Vorredner um nähere Angaben, damit er den Fall verfolgen könne.

Bei Kap. 24 Tit. 25 kommt die Verwendung der Fahrräder für die Armee zur Sprache. Abg. Gröber ist bedenklich, ob eine Forderung für Fahrräder in Höhe von über 300 000 M. zu bewilligen sei, wie sie im Kap. 5 Tit. 3 als einmalige Ausgabe gefordert werde. Die Technik sei noch in voller Entwicklung und bei uns noch mangelhaft. Generalmajor v. d. Voock befragt dringend die geforderte Summe zu bewilligen. Das Fahrrad habe sich bis jetzt sehr gut bewährt und wären die Anforderungen der Truppenkörper an Fahrrädern weit größer, als man durch die Geldforderung befriedigen könne. Insbesondere Frankreich, aber auch Ausland seien in dem Gebrauch des Fahrrads Deutschland voraus, aber man habe auch nicht die Absicht, dem Beispiel Frankreich zu folgen. Abgeordneter v. Massow bespricht, daß die jungen Ärzte möglichst das Radfahren erlernen. Generalmajor v. d. Voock sagt zu, diese Anregung zu beachten. Die Forderung im Kapitel 5 Titel 3 für Beschaffung von Fahrrädern 310 000 M. wird bewilligt, ebenso Titel 25 im Kapitel 24.

Bei dem Kapitel Naturalverpflegung ergreift Abg. Meißner das Wort, um ein Vorkommniß im Proviantamt Hannover zur Sprache zu bringen, wonach infolge des Ankaufs und der Veranlagung feuchten Getreides dem Staat sehr großer Schaden erwuchs, außerdem aber auch das verdorbene Mehl, gemischt mit gutem, für die Soldaten verbacken worden sei. Das Mehl sei in einem Zustande gewesen, daß die mit der Bearbeitung desselben beschäftigten Arbeiter es vor dem Geruch kaum aushalten konnten. Generalleutnant v. Gemmingen erklärt, daß ihm von dem ganzen Vorgang nichts bekannt sei.

Im weiteren entsteht eine Debatte über die Verwendung von Melasse als Pferdefutter, woran sich die Herren Baasche, Müller-Fulda, v. Kardorff und General-Lieutenant v. Gemmingen beteiligen. Angeblich soll sich die Fütterung mit Melasse gut bewähren. Die Sitzung wird auf Mittwoch Vormittag 10 Uhr verlagert.

Die sechste Kommission des Reichstages berathet in ihrer heutigen Sitzung zunächst den zurückgestellten § 18 des Gerichtsverfassungsgesetzes. Nach längerer Debatte wurde auf Antrag des Abgeordneten v. Cuny folgende Resolution einstimmig beschlossen:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage eine Zusammenstellung derjenigen bürgerlichen Rechtskreislagen über Materien, die dem Gebiete des bürgerlichen Gesetzbuches angehören, vorzulegen, für welche ein Bedürfnis zur Beibehaltung der Zuständigkeit von Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsgerichten besteht.“

Sodann ging die Kommission zur Berathung des vom Abg. v. Salisch beantragten Gesetzesentwurfs (betr. Reform der Verteidigung) über, ohne indeß bereits zu einem Beschluß zu kommen. —

Die Unterrichts-Kommission des Abgeordnetenhauses ist über die Petition um Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium und zu den Staatsprüfungen mit Rücksicht auf die vom Regierungskommissar in der vorigen Tagung abgegebenen Erklärungen, die auch heute noch volle Geltung haben, zur Tagesordnung übergegangen. —

Wahlbewegung.

In Frankfurt a. O. - Lebus haben die Konservativen den bisherigen Vertreter des Kreises im Reichstage Herrn Dauterleisch wieder aufgestellt.

Im s. Schleswig-holsteinischen Wahlkreise hat sich in der Person des Herrn Hoffmanns Wentzold endlich ein nationalliberaler Durchlaufkandidat gefunden.

Die Zentrumsparthei hat in einer Reihe von Wahlkreisen die Kandidatenfrage erledigt. In Saarbrücken Kandidat der Schreibmeister Euler-Wendberg. An Stelle des Dompfars Wegel ist für den bayerischen Wahlkreis Bamberg Dompfars Dr. Schäbler aufgestellt, während Dr. Heim für Kronach-Dichtenfels angenommen hat.

Von der Freisinnigen Volkspartei ist in Hof nicht Wagner, wie wir gestern berichteten, sondern Dr. Kaiser aufgestellt. — In Erfurt kandidirt H. Träger.

Partei-Nachrichten.

Aus Südafrika. Der englische Sozialisten-Klub in der Kapstadt ist gegenwärtig 28 Mann stark.

Todesliste der Partei. Aus Adelaide in Südafrika wird mitgeteilt, daß der Führer der sozialistischen Arbeiterpartei im südafrikanischen Parlament, Mac Pherson, gestorben ist. Pherson war ein geborener Schotte, hatte das Schiffschiff gelernt und kam in seinem 22. Jahre nach der Kolonie. Er wurde bald der Führer der dortigen Gewerkschaften, leitete mit großem Geschick den Hafenarbeiterstreik im Jahre 1888 und wurde schließlich als erster Arbeiter-Abgeordneter ins Parlament gewählt. Der Dahingschiedene, der kaum 38 Jahre alt geworden ist, wurde unter Theilnahme von tausenden von Arbeitern und fast sämtlichen Abgeordneten beerdigt. An seine Stelle ist Hutchinson als Kandidat der Partei aufgestellt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Das Reichsgericht verwarf die Revision, die der Beklaute Wahl von der Magdeburger Volksstimme gegen ein Erkenntniß des dortigen Landgerichts eingelegt hatte, das ihn wegen Verleumdung der Magdeburger Polizei zu einem Monat Gefängniß verurtheilte.

Die „Volkswacht“ in Breslau hatte der „Breslauer Zeitung“ einen Bericht über einen Prozeß des Steinbruchbesizers Breslauer in Falkenberg gegen den Grafen Frankenberg; Tillowich entnommen, worin u. a. eine Neußerung des Klägers wiedergegeben war, wonach ihm gegenüber der Graf sein Amt als Amtsvorsteher von Tillowich zu persönlichen Zwecken mißbraucht hätte. Der Graf stellte wegen dieses Berichtes lediglich gegen die „Volkswacht“ Strafantrag wegen Beleidigung und die Staatsanwaltschaft übernahm die Sache im öffentlichen Interesse, was gegenüber der „Volkswacht“ regelmäßig geschieht. Während des Verfahrens starb der Graf. In der Verhandlung gegen den Redakteur Neukirch, die am Sonnabend vor dem Breslauer Landgericht vor sich ging, wurde ein Schreiben der Wittve des Grafen vorgelesen, des Inhalts, daß sie den Strafantrag zurückziehe; da aber die Staatsanwaltschaft die Sache übernommen hatte, so änderte die Maßnahme der Wittve des Grafen nichts am Gang der Verhandlung. Die Beweisaufnahme ergab nun, daß der Graf in der That bei einem Rechtsstreit, den er als Privatbesitzer einer Chaussee gegen den Steinbruchbesizer Breslauer vor dem Kreisaußschuß geführt hat, von einer Urkunde Gebrauch machte, die ihm in seiner amtlichen Eigenschaft bekannt geworden war. Dennoch beantragte der Staatsanwalt gegen den angeklagten Redakteur Neukirch nicht weniger als 3 Monate Gefängnis, wobei er als Strafführend angesehen wissen wollte, daß der Angeklagte den Grafen nicht gekannt hat. Der Vertheidiger beantragte Freisprechung. Das Gericht erkannte Neukirch der Beleidigung zwar für schuldig, verurtheilte ihn aber nur zu 100 M. Geldstrafe, weil der Wahrheitsbeweis wenigstens zum Theil gelungen sei.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die Forderungen der Schuhmacher in bezug auf den Arbeitsnachweis der Fabrikanten bildeten gestern Abend den Gegenstand von Verhandlungen des Fabrikantenbundes. Die Resultate der Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagte, sollen nun den Arbeitern unterbreitet werden. Die bürgerliche Blätter melden, sollen die Fabrikanten gemäß ihren vor dem Einigungsamt abgegebenen Versprechen in Unterhandlungen eintreten wollen.

Eine Maurerverversammlung, die am Montag den Saal der Tonhalle bis auf den letzten Platz füllte, verfiel schon während der Bureauwahl der politischen Auflösung. Sowohl von lokaler wie von zentraler Richtung war je ein Bureau vorgeschlagen worden. Der Einberufer Silberschmidt konstituirte in Uebereinstimmung mit einem Theil der Stimmgäher, daß die Vorschläge der zentralen Richtung angenommen seien. Darauf erhoben die Lokalfisten einen löblichen Protest, es gab eine Geschäftsordnungsdebatte, schließlich schlug Silberschmidt vor, man möge, um beiden Theilen gerecht zu werden, ein neues Bureau aus Anhängern beider Richtungen wählen. Dieser Vorschlag fand keinen Anklang, die Lokalfisten verlangten stürmisch die Anerkennung ihres Bureaus und in der Versammlung herrschte eine allgemeine Unruhe. Dann sprach der überwachende Beamte die Auflösung „wegen Tumults“ aus.

Als Delegirter für den zweiten internationalen Kongreß der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen, der demnächst in Wien abgehalten werden wird, wurde in einer öffentlichen Versammlung der Lithographen der Lithograph Schöppe gewählt. In das Berliner Gewerkschaftsblatt wurden Weiskopf und Tischendorfser delegirt.

Eine schwarze Liste der Denunzianten beabsichtigen die Berliner Vätermeister zum Schutze gegen diejenigen Vätermeister, Gesellen und Lehrlinge, anzulegen, welche gewohnheitsmäßig gegen ihre Arbeitgeber wegen Ueberfälschung der Lohnscheine über den Maximalarbeitslohn Anzeigen erstatten. — Wie schwer doch den „fugelrunden“ Vätermeistern das bishigen Einschränkung ihrer Ausdeutungsfreiheit ankommt.

Deutsches Reich.

Aufruf an alle Lagerhalter in Konsum- und ähnlichen Vereinen Deutschlands.

Wenige Wochen trennen uns noch von der Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter, die in Halle a. S. im Weidwiesenthal abgehalten wird. Der Verband hat sich trotz seines kurzen Bestehens bereits eine Achtung gebietende Stellung bei denjenigen Vereinen und Verwaltungen erworben, deren Lagerhalter sich ihm angeschlossen haben. Eine Anzahl drakonischer Kontrakte sind in verschiedenen Vereinen gebildet und übermäßig lange Geschäftsstunden gekürzt worden. Weiter ist in einer Versammlung des Verbandes sächsischer Konsumvereine, die kürzlich in Chemnitz tagte, auf Anregung des Lagerhalter-Verbandes eine Kommission von beiden Theilen zur Regelung allgemeiner Streitfragen gewählt worden. Jeder Lagerhalter, der es ehrlich mit sich und seinem Verein meint, wird mit uns der Meinung sein, daß es besser ist, hässliche Streitfragen auf diese Weise auszusuchen. Wenn alle Kollegen dem Verbands angehören, wird es ein leichtes sein, an allen Orten, wo sich Vereine befinden, die Lagerhalter beschäftigen, geregelte Zustände zu schaffen.

Jährlich werden vom Verbands statistische Erhebungen über Lohn und Arbeitszeit, sowie über Monatsvergütungen und alles sonst wünschenswerthe veranstaltet und in Form einer Broschüre veröffentlicht, die jedem Mitglied zugesandt wird. Ferner leistet der Verband seinen Mitgliedern Rechtshülfe. Bei Differenzen erfolgt so weit wie nur möglich persönliche Intervention. Es ergeht nun an alle Lagerhalter die Anforderung, die statistischen Erhebungen zu unterstützen, Mitglied des Verbandes zu werden und sich an der Generalversammlung in Halle zu betheiligen. Die Geschäftsstelle des Verbandes befindet sich in Leipzig, Rändergerstr. 22, bei Karl Buchl.

In dem Streik der Töpfer der Firma Rossin u. Galle in Lindow i. M. wird berichtet, daß die Firma jetzt bemüht ist, vier von den Streikenden zu gewinnen; diese sollen nach dem bisher üblichen Lohnsatz bezahlt werden. Die Firma, die bekanntlich den Arbeitern zumutete, sich eine weitere Reduktion der ohnehin miserablen Akkordlöhne um 25 pSt. gefallen zu lassen, begründete ihr Vorgehen mit ihrem Geschäftsverlust, der im verfloßenen Jahre ca. 9000 M. betragen haben soll. Nachdem die Arbeiter aber einmüthig dies Ansuchen zurückgewiesen haben, sucht man einen Theil von ihnen zu überrennen. Die durch das Vorgehen der Firma in den Streik getriebenen Arbeiter schildern die Zustände, unter denen sie bisher zu arbeiten gezwungen waren, als äußerst unwürdige und erwarten, daß kein Töpfer bei der Firma Rossin u. Galle Arbeit nimmt. Von Dauer sei die Beschäftigung dort ja doch nicht und könne ein etwaiges Engagement nach Lindow den daraus resultierenden Arbeitern nur Enttäuschung bringen.

Eine Zusammenkunft von Steinsehneisern Deutschlands wird gemeldet in Halle a. S. im Restaurant zum Wintergarten abgehalten. Von den erwarteten 600 Personen ist aber bis jetzt nur etwa der zehnte Theil erschienen. Zweck der Zusammenkunft soll sein die Bildung eines Ringes gegenüber den gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter. Die Verhandlungen sind nicht öffentlich.

Der Jahresbericht des Reichs Gewerkschafts-Kartells giebt in dem Rapport für 1897 eine Einnahme von 1656,98 M. an, von welcher Summe die Gewerkschaften 453,52 M. durch regelmäßige Beiträge aufbrachten. Die Ausgabe beträgt 1890,24 M., davon für Streikunterstützung 453,07 M., für die Gewerbegerichtsbesitzer-Wahlen 108,50 M., für Agitation 221,05 M., für weitere Agitation 300 M. Verwendung fanden. Der Kassendebetrag am 1. Februar betrug 268,60 M. Außerdem gingen 11 108,25 M. freiwillige Sammlungen für die Hamburger Hafenarbeiter ein. Die Zahl der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter befreit sich am Schlusse des Jahres auf 2720.

Ausland.

Für die englischen Maschinenbauer sind bei der General-Kommission bis zum 10. Februar insgesamt 116 113,16 Mark eingegangen. Da der Streik beinahe die Ausperrung bedingt ist, erklärt jetzt die General-Kommission die Sammlungen für geschlossen. Die noch eingehenden Gelder werden dem Streikkomitee noch zugesandt werden.

Prozeß Zola.

Paris, 15. Februar.

Der Andrang in der Nähe des Gerichtsgebäudes und im Innern desselben hat auch heute nachgelassen; es ereigneten sich keine Zwischenfälle; doch war der Saal bei Eröffnung der Sitzung um 12 1/4 Uhr dicht gefüllt.

Zunächst wird der Gerichtsbeschuß bekannt gegeben, durch den die Anträge der Vertheidigung abgewiesen werden, daß die Schriftverständigen Erklärungen über die von ihnen vor dem Obergerichts-Kriegsgerichte nach Ausschluß der Öffentlichkeit gemachten Aussagen abgeben sollen.

General Goussé giebt eine Erklärung gegen den Deputirten Jaurès ab, welcher ausgesagt hatte, der Generalkab hätte, da er kein Licht in der Sache wolle, dem Major Esterhazy eine „Hersäufelung“, d. h. das „erlösende Schriftstück“, zuzumuten lassen. General Goussé stellt diesen Angaben das entschiedenste Dementi entgegen. Niemand, sagt er, wünsche mehr als er, daß Licht, volles Licht geschafft werde und dazu werde er für sein Theil mit allen Kräften beitragen. Advokat Labori sagt hierauf: Da Sie dazu beitragen wollen, daß Licht geschafft werde, so bitte ich Sie, beim Kriegsminister folgendes zu beantragen: 1. daß er den General Mercier ermächtigt, sich über das geheime Schriftstück auszulassen, das, wie wir wissen, dem Kriegsgerichte mitgeteilt worden ist; 2. daß Oberst Picquart vom Amtsbereich zurückgezogen werde; 3. daß das ursprüngliche Vorderan hierher gebracht werde; 4. daß die Schriftstücke, die als Material für die Schriftbegutachtung Bertillon's dienen, hierher gebracht werden; 5. daß Bertillon aufgeforscht werde, Aussagen zu machen; 6. daß die Schriftverständigen im Esterhazy-Prozeß gleichfalls aufgefordert werden, Aussagen zu machen. General Goussé antwortet hierauf, er sei nicht befugt, diese Ersuchen an den Kriegsminister zu übermitteln. Labori versteht sich ab: Nun, so spreche man uns auch nicht mehr von Licht schaffen!

Es wird nunmehr zur Vernehmung des Schriftgutachters Crépeux-Jamain geschritten. Derselbe protestirt mit äußerstem Nachdruck gegen die gestrigen Neußerungen des Zeugen Leyssonnieres, der ihn beschuldigt, er hätte ihn namens der Familie Dreyfus zu bestechen versucht. Das ist nicht allein eine Perfidie, sagt Crépeux, es ist der reine Mord. Er berichtet, Leyssonnieres habe zu ihm folgendes gesagt: Es ist nicht Bertillon gewesen, der die Verurtheilung des Dreyfus herbeiführte, Bertillon ist verrückt (Gelächter); ich habe Licht in die Sache gebracht und auf meinen Bericht hin ist er verurtheilt worden, nur auf meinen Bericht. (Verschiedene Andrusse in der Zuhörerschaft.) Sodann weist Crépeux dem Schriftverständigen Leyssonnieres vor, dieser habe seine Korrespondenz der „Etre Varole“ angeschuldigt, in der Hoffnung, daß man darin die vier Zeilen finde, die nach dem Worte Landordemon's genügen, um einen Menschen hängen zu lassen. Man habe aber diese vier Zeilen nicht gefunden. Leyssonnieres sei unzufrieden gewesen, daß er, Crépeux, seine Meinung über die Schuld Dreyfus' nicht theilte und hier liege zweifellos das Geheimniß seiner Haltung ihm gegenüber. Zeuge versichert, er habe den ersten Bericht über das Vorderan verfaßt und zwar als Piktant, weil man ihn darum ersucht hat. Das Cliché habe nicht verändert werden können.

Hierauf wird Professor Paul Meyer vom Collège de France, der Direktor der Ecole des Chartes, vernommen. Auf eine Frage des Advokaten Labori, ob der Zeuge Israelit sei, erklärt dieser, daß er französischer Abstammung und Katholik sei. Zur Sache führt Professor Meyer aus: Ich prüfte die Familiens des Vorderan, welche so genau, wie nur möglich sind, eingehend. Zeuge giebt sodann eine wissenschaftliche Auseinandersetzung über die Veränderung des Klischees, welche das Abziehen auf einer Rotationsmaschine mit sich bringen kann. Ein Zeuge hat ausgesagt, dies erinnere sehr an eine Fälschung. Es war General Pellengr, welcher hier derartige Neußerungen gethan hat. Ich erkläre, daß nichts davon ist. Ich war tief betäubt, als ich sah, daß man in dieser so ersten Sache Bertillon mit der Expertise betraut hatte, dessen Verfahren jeder Methode, jeden vernünftigen Sinnes entbehrt. (Lachen.) Hinsichtlich der Schrift Esterhazy's erklärt Zeuge, daß dieselbe durchaus derjenigen im Vorderan gleiche. Labori will hierauf an die Schrift-Sachverständigen Conrad, Belhomme und Varinard Fragen stellen und bittet den Präsidenten, dieselben wieder aufzutreten. Der Präsident verhält sich jedoch durchaus ablehnend. Labori verliest alsdann einen Antrag, der Gerichtshof möge ihn beurlauben lassen, daß der Präsident, noch ehe der Vertheidiger eine Frage formulirt hätte, ihm unterlasse, dieselbe zu stellen. Der Gerichtshof lehnt auch dies unter Hinweis auf Artikel 270 der Strafprozeß-Ordnung ab. Der Präsident bemerkt hierzu: So wird es jedesmal geschehen, wenn Sie unmaß fragen. Labori sagt: Das ist also ein Beschluß mit reglementmäßiger Kraft! Präsident: Jawohl!

Molinier, Professor am Collège de France, sagt aus, er könne bei seiner Seele und seinem Gewissen bestätigen, daß alle Formen der Schrift Esterhazy's genau denjenigen im Vorderan gleichen, von dem er ein Exemplar vor Augen gehabt habe. Der Präsident fragt Molinier: Für wen haben Sie diese Untersuchungen angeheißt? Antwort: Aber für mich persönlich, denn die Angelegenheit interessirt mich, wie sie, wie ich glaube, alle Franzosen interessirt. (Bewegung.)

Advokat Clémenceau bringt hierauf den Antrag ein, das Gericht möge beschließen, einen Richter zu Frau Soulaney zu senden, der die Genannte darüber befragen soll, ob in den in ihrem Besitz befindlichen Briefen nicht folgende Stellen vorkommen: 1. „General Souffier ist ein Clown bei uns, die Deutschen würden ihn nicht in den Zirkus stellen.“ 2. „Wenn die Preußen bis Lyon kämen, so könnten sie ihre Generale fortwerfen und brauchen nur die Lohndiener zu behalten, um die Franzosen vor sich her zu treiben.“

Es folgt die Vernehmung dreier Sachverständigen, die sich aus Liebhaberei mit Untersuchung von Handschriften beschäftigen, nämlich Molinier, Archivar-Paläograph am Louvre, Cellierin, Professor am Collège de Fontainebleau, und Bonimon, Paläograph; alle drei verkünden, das Facsimile sei eine getreue Reproduktion der Schrift Esterhazy's. Es wird nun der Brüsseler Advokat Felix Franck vernommen, der erklärt, er brauche für seine Demonstration, die ungefähr eine Stunde dauern würde, eine schwarze Tafel. Während die Sitzung suspendirt wird, läßt Labori eine schwarze Tafel herbeischaffen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung beginnt Franck seine Demonstration. Er befestigt auf der schwarzen Tafel das Facsimile des Vorderans und der Schrift Esterhazy's, und ergeht sich in langen Auseinandersetzungen über dieselben, an deren Schlusse er sagt: „Ich erkläre auf mein Gewissen, daß eine einzige Person das Dokument geschrieben hat, daß Esterhazy allein in der Welt es hat schreiben können. (Bewegung und Unterbrechungen.) Franck ruf: Ich wollte schließen, da man mich aber unterbricht, laß ich fort. Präsident: Ich bitte Sie, vor dem Gerichtshof eine andere Sprache zu führen, diese ist unpassend. Labori: Und ich, Herr Präsident, bitte Sie, die Zuhörer zum Schweigen aufzufordern. Wie Sie sehen, sind es nicht mehr Advokaten, die Kundgebungen machen.“ Franck fährt fort: Ich finde, daß der, welcher das Vorderan geschrieben hat, einen germanischen Geist hat und schließt mit der Prophezeiung, einen oder den anderen Tag werde man zu der Erkenntniß gelangen, daß das Vorderan nicht von dem geschrieben worden ist, den man verurtheilt hat. (Lärm.)

Hierauf wird Grimand, Mitglied des Institut de France und Professor an der polytechnischen Schule, vernommen. Grimand erklärt, er habe den an die Deputirtenkammer gerichteten Protest mitunterzeichnet, weil er gefühlt habe, daß es sich um die Achtung des Gesehen und um die Ehre des Vaterlandes handle. Er habe in beiden Hälften so seltsame Dinge entdeckt, daß er sich in seinem Gewissen beunruhigt gefühlt habe; alles in dem Verfahren der

Sachverständigen und der sieben Mitglieder des Kriegsgerichts, die sich mit Esterhazy getäußt hätten, sei ihm seltsam erschienen. Grimand fügt hinzu: „Trotz aller verfehlten Drohungen und Einschüchterungsversuche versichere ich, daß die Revision des Prozeßes unabwendbar ist, und daß wir alles daran setzen werden, sie zu erlangen. Labori fragt: Von welchen Einschüchterungen sprechen Sie? Grimand: Als ich den Protest unterzeichnet hatte, ließ der Kriegsminister mich offiziell fragen, ob ich wirklich den Protest unterzeichnet habe. Ich habe dann erfahren, daß der Kriegsminister am folgenden Tage dem Ministerrath ein Dekret unterbreitet hat, in welchem trotz meiner 34-jährigen Dienstzeit meine Amtsentsetzung ausgesprochen wurde. Man bezweifelte meinen Patriotismus; ich bin mehr Patriot, als irgend jemand. Beleidigungen, Drohungen mit Absehung, nichts wird mich berühren; wir wollen die Wahrheit und wir werden sie haben, was man auch thun möge, wir werden sie trotz allem haben. Grimand zieht sich zurück und macht dabei eine Bemerkung zu Labori, der ihm sagt: Ich bitte Sie, laut zu sagen, was Sie mir eben gesagt haben. Grimand: Ich sagte, ich konnte Zola nicht, ich sähe ihn heute zum ersten Mal. Davel, Mitglied des Institut de France und Professor am Collège de France erklärt, er habe, wie so viele andere, eine Untersuchung über das Vorderan und über Briefe Dreyfus' und Esterhazy's angeheißt. Zeuge fährt einen Brief Dreyfus' an, in welchem der Sach vorkommt: „Ich habe denen, die mich haben verurtheilt lassen, eine Pflicht vermahnt, der sie sich, ich bin dessen sicher, nicht entziehen werden“, und er bietet sich, vor den Geschworenen den Beweis zu führen, daß die Buchstaben in diesen Worten nicht den Buchstaben in dem Vorderan gleichen. Zeuge kommt zu dem Schlusse, daß es fast unmöglich sei, daß das Vorderan nicht von Esterhazy herrühre. Nach der Vernehmung Davel's wird die Sitzung geschlossen.

Soziales.

Ueber die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter sagt die badische Fabrikinspektion in ihrem 1897er Jahresbericht: Mehr als in den letzten Jahren wahrgenommen wurde, beschäftigen sich die Arbeitervereinigungen mit der Frage wenigstens des derzeitigen Standes der Lebenshaltung der Arbeiter. Auch dort, wo nur befristet wird, daß die errungenen Lohn-erhöhungen oder Verbesserungen der Arbeitszeit in Gefahr seien zurückgenommen zu werden, giebt dies Anlaß zu einem festeren Zusammenschluß der Vereinigungen. Es kann auch zugegeben werden, daß die Vertheidigung mindestens der jetzigen Lebenshaltung nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die gesamte Volkswirtschaft von der größten Bedeutung ist. Dieser Aufgabe werden aber die Arbeiter-Vereinigungen wohl am besten gerecht werden, weil wirtschaftliches Heruntersteigen am schwersten empfunden wird, und sich ihm daher der nachhaltigste und einmüthigste Widerstand entgegensetzt. Dies ist zugleich ein Grund dafür, daß leichtfertige und ohne genügende Aussicht auf Erfolg unternommene Arbeitseinstellungen mehr unterlassen werden als in den Vorjahren, und daß man sich flüchtig mit dem schriftlichen Erreichen Ueiner Vortheile begnügt.

Weiter heißt es in dem Bericht: „In der Arbeiterbewegung traten seitens der Leiter von Versammlungen und der aufgetretenen Redner mehrfach erhebliche Anzeichen hervor. Es wurde nicht nur jedes leidenschaftliche und turbulente Vorgehen vermieden, da hierfür bei den Besuchern der Versammlungen nicht die geringste Stimmung vorhanden zu sein schien, sondern es wurde auch bei Besprechung ausfußender Arbeitsbedingungen besonders zu Mäßigkeit und Besonnenheit ermahnt für den Fall, daß ein Ausstand unvermeidbar sein sollte. Insbesondere wurden die Arbeiter ermahnt, vor Niederlegung der Arbeit die bestehenden Kündigungsfristen einzuhalten. Offenbar war man bestrebt, die Fehler, die im vorigen Jahre bei Arbeitseinstellungen gemacht wurden, zu vermeiden. Es gilt dies wenigstens von den Rednern in solchen Versammlungen und von der überwiegenden Mehrzahl ihrer Teilnehmer, natürlich aber nicht von jedem einzelnen Teilnehmer. Es wurden vielmehr dann auch in einem theils leichtfertigen, theils unreifen Optimismus Stimmen laut, die im Falle eines Streikes auf die Unterstüßung der gesamten Arbeiterschaft und die zu diesem Zwecke bereiten großen Geldmittel verwiesen. Der Einfluß derartiger Personen müßte die Interessen der Arbeiter schädigen, da ihre ganze Werthstellung der Verbältnisse auf unrichtigen Voraussetzungen beruht. Jeder, der sich mit diesen Dingen befaßt, weiß, daß die organisirte Arbeiterschaft nichts weniger als geneigt ist, sich bei jedem beliebigen Streik mit den Ausständigen solidarisch zu erklären. Es wurde aber auch gar nicht wahrgenommen, daß derartige Stimmen sich in dem Berichtsjahre irgend welchen Einfluß verschaffen konnten.“

Dasselbe läßt sich von der Gewerkschaftsbewegung ganz Deutschlands sagen. Ueberall üben die Gewerkschaften einen mehr oder minder großen erzieherischen Einfluß auf die Massen aus, der sich deutlich genug bemerkbar macht und nur von Leuten geleugnet werden kann, die nicht sehen wollen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Hamburg, 15. Febr. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den heutigen Bürgerchaftswahlen erzielten die sozialistischen Kandidaten erhebliche Minoritäten, gewählt wurde Niemand. Es wurden für unsere Kandidaten in zwanzig Bezirken ca. 3600 Stimmen abgegeben. Die Wahlbetheiligung war eine ungewöhnlich starke. Außer dem Antisemiten Raab gehören sämtliche Gewählte den alten Bürgerpartei an.

London, 15. Februar. (B. T. B.) Lord William Nevill ist heute wegen Betrages zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurtheilt worden. Derselbe hatte seiner Zeit einen reichen jungen Offizier unter falschen Vorspiegelungen veranlaßt, Schuldscheine auf 11 000 Pfund zu unterschreiben, ohne den Offizier den Inhalt der Dokumente, welche er unterzeichnete, sehen zu lassen. Nevill verschaffte sich darauf von einem jüdischen Geldverleiher mehrere tausend Pfund, indem er diese Schuldscheine als Sicherheit gab.

Warschau, 15. Februar. (B. T. B.) In Dubno wurde eine aus acht Köpfen bestehende Falschmünzergesellschaft verhaftet, welche sich mit der Herstellung von Hundert-Rubelnoten und goldenen Imperials befaßt.

Christiania, 15. Februar. (B. T. B.) Wie verlautet, haben die ehemaligen Minister Thielens und Konow heute eingewilligt, ins Steen'sche Ministerium einzutreten.

Konstantinopel, 15. Februar. (B. T. B.) Wie verlautet, wird die türkische Regierung gegen den gegenwärtig 20 000 Mann betragenden Stand der ägyptischen Armee protestiren, weil letztere vertragmäßig nur 18 000 Mann betragen soll.

Konstantinopel, 15. Februar. (B. T. B.) Seit mehreren Tagen herrscht wiederum heftiger Schneefall. Zwei Soldaten sind in der Nacht auf einer Brücke erfroren. In Konstantinopel selbst herrscht Thenerung und Mangel an Heizmaterial. Auf dem Schwarzen Meere toben fortgesetzt heftige Stürme, so daß die Post- und Passagierdampfer nicht auslaufen können.

Konstantinopel, 15. Febr. (B. T. B.) Von türkischer Seite wird seit gestern die Kandidatur eines gewissen Morrell Bey für den kretensischen Gouverneurposten lancirt. Derselbe ist angeblich ein Franzose von Geburt und war ehemals Sekretär beim verstorbenen Kaiserin Pascha, als dieser Botschafter in London war. Morrell Bey soll seit längerer Zeit in ägyptischen Diensten stehen.

Sofia, 15. Februar. (B. T. B.) Große Aufregung hat die Meldung verursacht, daß Edhem Pascha das Oberkommando in Makedonien übernehmen soll. Man befürchtet, daß die türkische Bevölkerung Makedoniens dies als Signal zu einem Christenmassaker benutzen werde und schwere Ereignisse einleiten könnte. Jedemfalls wird die bulgarische Regierung zur sofortigen Vernehmung der Grenztruppen schreiten.

Reichstag.

41. Sitzung, Dienstag, den 15. Februar 1898, 2 Uhr.

Am Bundesrathstische: Frhr. v. Thielmann, Graf Posa-

domsky, Lieberding. Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt bei dem Staats-

theil „Zölle und Verbrauchssteuern“, und zwar beim Titel „Zucker-

steuer“. Abg. Graf v. Stolberg (L.) verlangt nicht im Namen seiner

Partei, sondern nur seiner Person die Aufhebung sämtlicher Zucker-

prämien im Interesse der gesamten Zuckerindustrie, ebenso müsse

die Betriebssteuer vollkommen beseitigt werden, wie auch die

Kontingentsteuer, für die nach Aufhebung der Prämien jeder Grund-

wegfall. Abg. Nöfke (wildlib.) stimmt dem Vordr. im allgemeinen

zu. Der Vorschlag jedoch, der gemacht worden sei, nur die deutschen

Zuckerprämien aufzuheben, um Amerika zu veranlassen, seinerseits

die Zollzuschläge fallen zu lassen, sei verfehlt. Deutschland müsse

doch mit Weltmarktpreisen rechnen. Abg. Dr. Baasche (natl.) erklärt, daß die Ausführungen, die der

Abg. Barth vorgestern vorgetragen, den thatsächlichen Verhältnissen

nicht entsprechen. Abg. Graf v. Stolberg (L.): Ich habe vorhin mich für die

Aufhebung der Kontingentsteuer ausgesprochen; natürlich meinte ich

dies nur für den Fall, daß die Zuckerprämien gänzlich beseitigt

würden. Die Diskussion wird geschlossen, der Titel bewilligt, ebenso der

Titel „Salzsteuer“. Beim Titel „Branntweinsteuer“ spricht

Abg. Wassermann (natl.): Es ist hervorgehoben worden, daß

seit der Einführung der Branntweinsteuer die deutsche Zellulose-

fabrikation sich so gehoben hat, daß sie für den einheimischen Konsum

an sich ausreichen würde, wenn sie nicht durch die Branntweinsteuer

benachteiligt werden würde, daß das französische Zellulose-

bidiger importiert werden kann wegen des niedrigen Zollsatzes. Die

Wannheimer Handelskammer bittet daher in einer Eingabe um Er-

höhung des Zellulosezolls, die ich nur bekräftigen kann. Direktor

im Reichsfinanzamt v. Körner: Die verlangte Er-

höhung des Zolls auf Zellulose würde das Gegenteil von dem

bewirken, was man mit ihm beabsichtigt. Abg. Gamp (Reichsp.) stimmt den Ausführungen des Abg.

Wassermann bei; er empfiehlt die Konfiskation der Branntweinsteuer

bei der Zellulosefabrikation. Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Titel bewilligt.

Zum Titel „Branntwein“ bekräftigt Abg. Nöfke (wildlib.) den Erlaß eines Surrogatverbots. Die

Verwendung von Surrogaten sei bei dem heutigen Stande der

Technik durchaus entbehrlich, daher solle man mit diesem Erlaß

nicht länger zögern. Redner bittet den Staatssekretär um Vor-

legung einer Statistik über die Verwendung von Surrogaten in den

Fabriken, und wendet sich im besonderen gegen die überhandnehmende

Verwendung des Saccharins. Dies sei nicht zu erreichen durch Ein-

beziehung des Saccharins unter die Branntweinsteuer, da es sich um verhältniß-

mäßig kleine Quantitäten dieses auch in sehr kleinen Mengen außer-

ordentlich stark wirkenden Surrogats handele, allein nützen könne

Herrenhaus.

8. Sitzung vom 15. Februar. 2 Uhr.

Am Ministertische Freiherr v. Hammerstein und Kom-

missarier. Zur Beratung steht der Antrag des Herzogs v. Ratibor,

die Regierung um eine schleunige Vorlage zu ersuchen, in welcher

die erforderlichen Mittel bereit gestellt werden zur Verhütung

längstiger Hochwasser-Katastrophen durch dauernde

Verbesserung der Abflußverhältnisse, Regulierung der Flüsse und

— wie ein besonderer Zusatz-Antrag des Grafen Pfeil-

Hausdorf bezweckt — durch forstliche Aufschonung entwalleter Höhen

und Verhütung schädlicher Entwaldungen. Die Kommission schlägt folgende

Beschleunigung alle geeigneten Maßregeln treffen wird,

die vorliegenden Anträge der Staatsregierung als Material zu

überweisen. Nachdem Oberbürgermeister Wächtermann-Wörlich als

Referent der Kommission diese Anträge empfohlen und in der

Debatte die Herren Herzog von Ratibor, Graf Pückler,

Graf Mirbach und Herr von Rebeckow wesentlich

im Sinne der Kommissionsanträge gesprochen, schließt die Be-

sprechung mit einer Darlegung des Landwirtschaftsministers Frei-

herr v. Hammerstein, welcher mittheilt, daß in einem soeben ab-

gehaltenen Kronrath beschlossen worden sei, von der Ein-

bringung einer Vorlage beim Landtage ab-

zusehen, weil das erforderliche Material noch

nicht vollständig vorhanden ist und im Sommer

unter Verwendung aller verfügbaren Kräfte vervollständigt

werden soll. Das legislative Material soll dann in einer

besonderen Herbstsession den Provinzial-Landtagen von Schlesien

und Brandenburg vorgelegt und nach deren Neuberungen

dem Landtage im nächsten Winter als umfassender Ge-

setzentwurf zugehen. (Beifall.) Angesichts der ganz abson-

derlichen Lage wird der Staat auch finanziell eintreten. Auch wird

die neue Organisation der Wasserverwaltung eingehend beraten

und die Beschlüsse hierüber werden schon in nächster Zeit bekannt

gemacht werden. Hierauf wird der Kommissionsantrag einstimmig an-

genommen. Morgen (Mittwoch) 2 Uhr: Anklationen, Auerrecht,

Petitionen. Schluß 4 Uhr.

lokales.

Zeit einiger Zeit werden einzelne Gastwirthe aus der Um-

gebung Berlins, deren Lokale nur für den persönlichen Ver-

kehr frei sind, Einladungen an Vereine u. s. w., für den Sommer

sehr schon die Dampfer-Randpartien nach ihren Lokalen festzulegen.

Die unterzeichnete Kommission macht hiermit alle Vereine, Fabriken

oder sonstige geschlossene Gesellschaften darauf aufmerksam, daß die

für den persönlichen Verkehr freigegebenen Lokale von geschlossenen

Gesellschaften u. s. w. unter allen Umständen zu meiden sind.

Es ist mit aller Sorgfalt darauf zu achten, daß nur solche Wirthe

mit Partien, Sommervergnügen u. s. w. bedacht werden, welche

ihre Säle der Arbeiterschaft zu Versammlungen zur Verfügung

stellen und auf der Lokalliste verzeichnet sind. Die Lokalkommission.

J. A.: Oskar Wahl.

Die Frage der Fürsorge für die Familien, die so oft die unab-

weissbare Vorbedingung für die Einleitung und erfolgreiche Durch-

führung des Heilverfahrens ist, sammt der Heilstättenfrage überhaupt

in einer Weise gelöst wird, die ihnen ein gesetzliches Anrecht

darauf gewährt.

Die Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt Berlin

hat im Jahre 1896, wie aus dem erst jetzt veröffentlichten Rassen-

abschluß ersichtlich ist, für verkaufte Beitragsmarken

5 429 128 Mark eingenommen (in den 3 Vorjahren 1895, 1894, 1893:

4 988 970, 4 746 987, 4 750 863 M.). Nach Abzug der auf ver-

nichtete Beitragsmarken fallenden Beträge blieben als Einnahmen

aus Marken 5 405 935 M. (1 968 227, 4 717 971, 4 691 813 M.),

Renten wurden nur 490 773 M. (425 148, 343 196, 252 979 M.)

gezahlt, nämlich Invalidenrenten 213 981 M. (196 308

162 221, 45 942 M.) und Altersrenten 276 792 M. (259 640,

240 975, 207 037 M.). Die Erstattung von Beiträgen im

Falle der Verbeirathung oder des Todes, die nach 5 Beitragsjahren

zulässig ist, ist diesmal bereits in größerem Umfange erfolgt. Bei

Verbeirathungen wurden gezahlt 105 197 M. (1895: 12 078 M.,

1894: nichts), bei Todesfällen 23 098 M. (1895: 3090 M.,

1894: nichts). Für das von der Versicherungsanstalt in geeigneten

Fällen eingeleitete Heilverfahren (zur Verhütung des Eintritts

auf Schluß des Vereins- und Koalitionsrechtes. Erste Lesung des

Antrags Liebermann von Sonnenberg (Reform-P.) betreffend das

Versicherungswesen. Schluß 5 1/4 Uhr.

Die juristische Sprechstunde findet bis zum 5. März am Montag, Donnerstag und Sonnabend abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt.

Zu der im Telegraphenbetriebe geplanten Reuierung, von jetzt ab bei Fernsprechanlagen den Apparat nur noch mit einem Fernhörer zu versehen und einen zweiten nur auf Wunsch des Zehnwörners und gegen Zahlung von 10 M. zu liefern, liegen jetzt Vorschläge von Fachleuten vor, welche sich entschieden gegen diese Verbesserung aussprechen. Man behauptet übereinstimmend, in den letzten Jahren sei an den Hörern keine Verbesserung vorgenommen, die sie noch gebrauchsfähiger machte. Die Verbesserung des Mikrophons liege auch schon weiter zurück und sei übrigens auch noch nicht ganz durchgeführt. Ob die Apparate, die in Berlin zur Verwendung gelangen, besser sind als die anderer Länder, sei noch sehr fraglich, jedenfalls bestehe Sclandinavien ebenso vollkommene Apparate wie Deutschland, sonst sei es unverständlich, daß Deutschland dessen Einrichtungen im Allgemeinen nachahme. Daß der zweite Hörer bei starkem Geräusch unentbehrlich ist, wird von allen Seiten betont.

Der Deutsche Thierschutz-Verein hat einen Versuch mit Filzschuhen gemacht, die das schnelle Ausfließen der auf der Straße gefallenen Pferde ermöglichen sollen. Dieser Versuch soll zur vollen Zufriedenheit ausgefallen sein. Um ganz sicher zu gehen und um die Dauerhaftigkeit und Haltbarkeit der Schuhe festzustellen, will der Verein einen Versuch in größerem Maßstab ausführen. Zu dem Zweck wird er den Drochsenkutschern, die sich von dem praktischen Nutzen der Schuhe persönlich überzeugen wollen, solche unentgeltlich zur Verfügung stellen. Die Schuhe können auf dem Bureau des Vereins (Lindenstr. 74) in Empfang genommen werden.

Die Arbeiten für die eigentliche Verlegung des Botanischen Gartens, d. h. für die Verpflanzung von jüngeren Bäumen aus dem alten Garten nach dem bei Dahlem gelegenen neuen Terrain, haben schon jetzt ihren Anfang genommen. Eine kurze Strecke hinter der Steglitzer Schlossstraße dient zur Aufnahme der jüngeren Bäume, welche bereits in der nächsten Zeit aus dem alten Botanischen Garten hierher gepflanzt werden, um die Anlage des neuen Gartens zu erleichtern, für den das eingezäunte Stück Land also gewissermaßen eine Baumschule bilden wird. Die Bäume werden dann auf Wagen nach Steglitz transportiert und dort vorläufig auf dem bezeichneten Stück Land aufs neue verpflanzt, um dann im Laufe der nächsten Jahre nach und nach wieder herausgenommen zu werden und auf dem Gelände des neuen Gartens dann definitiv einen Standort zu erhalten.

Eine unangenehme Wirkung des milden Winters hat sich schon jetzt gezeigt, und zwar bei den Deskmitteln. Die Inhaber der Eiswerke, die unter einander auf gleiche Preise zu halten pflegen, haben seit gestern (Dienstag) eine Erhöhung von 10 Pf. für den Zentner eintreten lassen. Wenn nicht die nächsten Wochen Frost bringen, so werden nach Ansicht der Gastwirthe die Eispreise allmählich steigen und eine wohl nie dagewesene Höhe erreichen. Obgleich die Eislieferanten in ihren Lagern auf mehrere Jahre Vorrath besitzen, machen sie sich den lauen Winter zu nutze. Während der Zentner Eis im Winter 50 Pf. kostet und zur Sommerzeit auf 70 bis 80 Pf. steigt — nur während der Leipziger Gewerbe-Ausstellung kostete er für Lieferung an Ort und Stelle draußen eine Mark —, bestrachtet man für den nächsten Sommer eine Steigerung bis zu 1,50 M. für den Zentner Eis.

Bei der gestrigen Stadtverordneten-Ergebniswahl im 4. Gemeindebezirk 2. Abtheilung ist Herr Almer gewählt worden. Er erhielt 274 Stimmen, sein Gegner Peimann 180 Stimmen.

Kulturministerium und elektrische Bahn. Der Betriebsverwaltung der elektrischen Straßenbahn Behrenstraße-Treptow ist das Umhängen der Züge auf der Endhaltestelle in der Behrenstraße untersagt worden, weil die Beamten des Kulturministeriums durch das bei dem Anhängen der Wagen verursachte Geräusch gehindert werden. Infolge dieser Bestimmung hat die Verwaltung in der Mauerstraße eine Weiche legen lassen müssen und bei den von Treptow kommenden Zügen werden nun die Wagen an der Französischenstraße abgehängt und stehen gelassen. Die weiterfahrenden Passagiere müssen in den Motorenwagen einsteigen, während der Anhängewagen auf der Strecke stehen bleibt. Der nachfolgende Zug der Straßenbahn muß dann in der Mauerstraße warten, bis von der Behrenstraße der Gegenzug zurückkehrt und den sehenswerthen Anhängewagen von dem Geselle herunter schafft. Natürlich verursacht diese Einrichtung bei den Passagieren arge Mißstimmung, da durch das Rangieren in der Mauerstraße stets ein größerer Aufenthalt für die Züge veranlaßt wird. Daß man im Kulturministerium sehr nervös ist, geht ja aus manchen Vorlesungen der letzten Zeit hervor.

Aus Furcht vor Strafe sprang vorgestern Vormittag der Schulknabe Fritz G. aus einem Fenster der im ersten Stock gelegenen elektrischen Wohnung in der Prenzlauer Allee auf den Hof hinab, blieb jedoch völlig unverletzt.

Vergiftung durch Schweine-Pöfelfleisch. Im Hause Schwedlerstr. 23a wohnt die Wittwe des Bäckers Schnelle mit ihren fünf Kindern. Sie bezieht Armenunterstützung und erwirkt zum Unterhalt der Familie nach Kräften hinzu. So war sie am Montag außerhalb des Hauses beschäftigt. Als sie 10 Uhr abends heimkehrte, hatten die Kinder noch keine Speisen erhalten. Die zehn-, acht- und vierjährigen Töchter, Johanna, Charlotte und Gise, waren noch wach, die beiden anderen Kinder hatten das Bett bereits aufgeschlagen. Die Mutter begab sich nun eilig zu einem Schlächter in der Kremmenerstraße, kaufte dort Schweine-Pöfelfleisch ein und reichte es den Kleinen gegen den Hunger. Dann ging die Familie zur Ruhe. Einige Stunden später wurde Frau Schnelle durch ein verschiedenartiges Geräusch geweckt; sie fand die drei Kinder, die von dem Fleisch gegessen hatten, mit Schweiß vor dem Mund sich erbrechend vor. Gegen Morgen verschlimmerte sich der Zustand der Mädchen noch und nun brachte die Mutter die Kinder nach einem Krankenhause. Dort sind Zeichen von Vergiftung ärztlich festgestellt. Die Untersuchung ist noch nicht beendet, so daß das Ergebnis und der weitere Verlauf der Angelegenheit erst später berichtet werden können.

Eine Diebesfamilie. Der Arbeiter M. aus der Stallstr. 129, der vor einiger Zeit wegen eines Vergehens an seiner 10-jährigen Stiefnichte zu 3 Jahren Gefängnis verurtheilt worden ist, hat jetzt seine Ehefrau, von der er glaubt, sie habe ihn denunziert, angezeigt, daß sie in einem Geschäft, in dem sie beschäftigt war, Waaren, und in Familien, in denen sie bediente, Kohlen und dergleichen gestohlen; er selbst sei ihr beim Fortschaffen der gestohlenen Sachen behilflich gewesen. Er beschuldigt sie gegen 400 deraartiger Diebstähle.

Begreifliche Furcht vor der Polizeiwache. Im amtlichen Polizeibericht ist zu lesen: Als in der Nacht zum Dienstag ein Schutzmann in der Chauffeestraße einen Mann zur Wache bringen wollte, erklärte dieser, er wärfe sich lieber hin, als daß er mit dem Schutzmann zur Wache ginge. Als der Schutzmann ihn nun beim Arm ergriff, warf sich der Mann so heftig zu Boden, daß der Schutzmann mitgerissen wurde und mit der Stirn auf die Bordsteinkante des Bürgersteiges stürzte. Der Schutzmann trug eine bedeutende Verletzung an der Stirn davon. Ein hinzukommender zweiter Beamter brachte nun den Mann zur Wache, wo er als der Buchdrucker Robert S. aus der Chauffeestraße festgestellt wurde.

Gefährlicher Brand. Im Hause Invalidenstr. 129, gegenüber dem Stettiner Bahnhof, entstand am Montag Abend gegen 12 Uhr in dem Zigarrenladen von F. Fiquer Feuer, das sich sehr schnell verbreitete und die Hausbewohner beunruhigte. Bei Ankunft der Feuerwehr war das Treppenhaus schon verqualmt, so daß die Wohnungsinassen im vierten Stock sich gefahrlos glaubten. Die Feuerwehrleute beachteten die gefährlichsten Personen. Der Laden ist ausgebrannt.

Im Passage-Bauoptikum tritt zur Zeit ein Mann auf, den die Berliner schon seit Jahren als alten Bekannten begrüßen. Der Zauberer Ben Ali Bei erscheint gleich seiner Tochter Sulamith nur den Fremden als Fremdling; der Sprechtöner weiß, daß das Künstlerpaar mit der gelungenen Unterhaltungsprobe so gut wie

nur einer in Berlin zu Hause ist, und daß beide mit ihrem bunten Kasten und dem übrigen orientalischen Pomp „man bloß so thut“. Das macht nun aber gar nichts. Das Ständchen, das man bei Ben Ali Bei erlebt, geht wie im Traum dahin, und lange noch nimmt Groß und Klein sich des geheimnißvollen Fokus-pokus, durch den aufs neue die Wahrheit des alten Wortes bekräftigt wird, daß Geschwindigkeit keine Hexerei ist. — Neben den Leuten im orientalischen Gewande treten die Wiener Sängereinnen auf und erweisen sich durch die flotte Darstellung Suppöcher Operetten lebhaften und wohlverdienten Beifall.

Feuerbericht. Während der letzten 24 Stunden wurde die Feuerwehr wenig in Anspruch genommen, abgesehen von einem Ladenbrande Invalidenstr. 129, über den an anderer Stelle berichtet wird, waren nur Friedrichstraße 113a und Uferstr. 18 im bedeutende Zimmerbrände abzulösen und Fürstenbergerstr. 8 ein Bodenbrand.

Aus den Nachbarorten.

In Fegeln ist es den Genossen gelungen, in dem „Vindenspark“ des Herrn Müller, Schloßstr. 7-8, ein Versammlungslokal zu erhalten. Die Genossen werden ersucht, den Vorzug so viel als möglich zu unterstützen.

Wie sehr dem Herrn v. Oppen das moralische Wohlbefinden der Arbeiter am Herzen liegt, geht aus der nachstehenden vom 12. Februar datirten Verfügung hervor, mit der der Gastwirth Lindenhayn beauftragt worden ist:

Die Ihnen ertheilte Genehmigung zur Abhaltung einer Lustbarkeit am 13. Februar 1897 ziehe ich mit Rücksicht darauf, daß für Ihr Lokal eine öffentliche Versammlung auf den gleichen Tag angemeldet worden ist, hiedurch zurück. Ich stelle anheim, einen Antrag wegen Erhaltung der erhabenen Lustbarkeitssteuer zu stellen. ge. v. Oppen.

Außerdem ging Herr Lindenhayn, der seinen Saal zu einer Arbeiterversammlung hergab, von demselben Amtsvorsteher die Anforderung zu, sein Lokal am gedachten Tage um 10 Uhr abends zu schließen. Im Weigerungsfalle ist ihm eine Geldstrafe von 80 M. angedroht worden. Die Praktiken des Amtsvorstehers v. Oppen sind bekanntlich vor einigen Tagen im Reichstage durch den Abgeordneten Jubel entsprechend gekennzeichnet worden.

Wegen des Andrades „Apfelorden“ ist am Sonntag Nachmittag ein Berliner Anstifter in Südbunde polizeilich festgesetzt worden. Während er in einem Wirthshaus Platz genommen hatte, trat ein zweiter Gast ein, dessen Brust mit der bekannten Erinnerungsmedaillon an die Hundertjahrfeier geschmückt war. Nun fiel die obige Bemerkung, dessen Zurücknahme der Dekorirte verlangte. Als dies nicht geschah, ließ der Ordensmann die Person des andern feststellen.

Schwere Folgen hat ein Raubansatz nach sich gezogen, welcher am Freitag Abend zwischen Panlow und Weipensee verübt wurde. Der Destillations-Reisende Schütt begab sich am späten Abend von Panlow aus, wo er geschäftlich zu thun gehabt hatte, nach seiner in Neu-Weipensee belegenen Wohnung. In der Nähe seines Wohnortes wurde Schütt von mehreren Männern angefallen, die auf ihn einschlugen und ihm Uhr und Portemonnaie zu rauben suchten. Schütt wand sich zunächst los und versuchte die Flucht zu ergreifen, doch führte er gleich bei den ersten Schritten über eine Wassergrube, die quer über die Straße ging und in der Dunkelheit nicht sichtbar war. Die Straßensperre rüber setzten darauf ihre Mißhandlungen fort und traten mit den Füßen auf Schütt herun. Als aber auf das Hilfeschrei des Mißhandelten Menschen herbeieilten, ergriffen die Räuber die Flucht. Schütt konnte sich nicht mehr erheben und klagte fürchterlich über Schmerzen im Bein. Er wurde von der hinzugekommenen Gasse seiner Wohnung gebracht, die Schmerzen steigerten sich aber dergestalt, daß Schütt noch in derselben Nacht nach dem Krankenhause gebracht werden mußte. Hier wurde ein doppelter Bruch des linken Oberschenkels konstatiert, von dem nicht festzustellen ist, ob derselbe auf den Fall oder auf die erlittenen Mißhandlungen zurückzuführen ist.

Soziale Rechtspflege.

Vorsätzliche Körperverletzung und Betriebsunfall. Mehrere Schlichtergesellen und ein Lehrling amüßten sich eines Tages beim Kaffeetrinken in der Stube der Weisterin über ihren Kollegen W. der Geschichten erzählt. Sie lachten ihn wegen der Erzählung aus und verletzten W. dadurch in solche Wuth, daß er nach seinem Messer griff und auf seine Zuhörer zuhief. Der Lehrling S. wurde erheblich verletzt. Er beanspruchte eine Unfallrente; alle Instanzen wiesen ihn jedoch ab. Das Reichs-Versicherungsamte führte aus, es liege kein Betriebsunfall vor. Um einen solchen annehmen zu können, müsse die Verletzung deraut in erkennbarem ursächlichen Zusammenhang mit dem Betrieb stehen, das sowohl die Veranlassung dazu wesentlich in letzterem beruhe, als auch die verletzende Handlung sich noch als Ausfluß der Betriebsgefahr darstelle. Diese Voraussetzungen seien hier nicht erfüllt.

Geriichts-Beifung.

Die Angelegenheiten des englischen Korrespondenten Mr. Washford kamen gestern in immerhin bemerkenswerther Weise bei der Verhandlung einer Beleidigungsklage zur Sprache, die der Engländer gegen den Vertreter mehrerer Wiener Blätter, Redakteur Gustav Engelmann und den Redakteur der „Staatsb. Zeitung“, Dr. Otto Bachler, angehängt hatte. Die Klage wurde gestern vor dem hiesigen Schöffengericht unter Vorsitz des Assessors Dr. Cramer verhandelt. Mr. John Washford ist der Vertreter des „Daily Telegraph“, dessen Auftreten im Haupt-Telegraphenamte 1. B. die Offenlichkeit lebhaft beschäftigt und zu Debatten im Reichstage und Erklärungen des Staatssekretärs Dr. von Stephan Veranlassung gegeben hat. Bald nach jenem Vorfall erschien am 28. Januar v. J. in der „Staatsbürger Zeitung“ ein Artikel, in welchem mitgeteilt wurde, daß Herr Washford, der Held des Telegraphenamtes und der Journalistentribüne“ auch im Vesting-Theater ein artiges Stücklein aufgeführt habe. Bei einer Separatvorstellung der französischen Gesellschaft Marcelle Joffet sei Washford im letzten Augenblick gekommen und habe sich auf seinen Platz gesetzt. Gleich darauf sei ein anderer Journalist gekommen, der den Nachbarplatz hatte. Sämmtliche übrigen Platzhaber dieser Reihe hätten ihm bereitwillig den Durchgang gestattet, nur Minister Washford habe keine Anstalten dazu gemacht, sei sitzen geblieben und habe den anderen überlassen, unter seinen Weinen durchzuziehen. Erst als dieser mit energischer Stimme gesagt: „Wir sind doch nicht auf dem Haupt-Telegraphenamte!“ habe der Engländer mit einer herablassenden Handbewegung den Durchgang gestattet. Durch diesen Artikel fühlte sich Mr. Washford beleidigt und hat nicht nur gegen Dr. Bachler, sondern auch gegen Herrn Engelmann, der zwar das Rencontre im Vesting-Theater gehabt hat, aber mit dem Artikel in der „Staatsbürger Zeitung“ in keiner Verbindung irgend welcher Art steht, die Anklage erhoben und damit den einzigen Zeugen für den Beweis der Wahrheit beseitigt. Mr. Washford erklärte übrigens gestern, daß ihm von einem deraartigen Rencontre im Vesting-Theater absolut nichts bekannt sei. — Dr. Bachler versuchte nun, durch Vorführung von Zeugen über andere Vorfälle, in denen Mr. Washford eine Rolle gespielt, zu beweisen, daß man sich bei diesem einen solchen Auftreten, wie es der Artikel schildert, durchaus versehen könne. Die Journalisten Baale und Ledebour, die auf der Journalistentribüne des Reichstages ihren Platz neben Washford haben, bekräftigten, daß dieser in einer sonst unter Kollegen nicht üblichen Weise, die allgemeinen Unwillen erregte, sich nicht dazu bequemen wollte, ihnen die Passage an seinem Stuhl vorbet und damit die Möglichkeit, ihren Platz zu erreichen, frei zu geben. Geheimer Rath Knael, der über die Platzverhältnisse auf der Journalistentribüne vernommen wurde, vermachte zur Sache selbst nichts zu bekunden. — Sehr eingehend war die Vernehmung über Herrn Washford's Auftreten dem Ober-Telegraphen-Assistenten Kaiser gegenüber.

Dieser macht folgende Aussage: „Am 10. Mai 1896 kam Mr. Washford auf das Haupt-Telegraphenamte, gab mir ein aus mehreren Formularen bestehendes langes Telegramm auf, sagte etwas, was ich nicht verstehen konnte und ging gleich fort. Ich zählte die Worte des Telegramms, dann kam der Herr wieder und übergab mir ein zweites Telegramm. Als ich mich daran machte, es zu zählen, wurde Herr B. sehr erregt und rief: „Was machen Sie da?“ Auf meine Antwort, daß ich die Worte zählte, kam eine Plut erregter Worte über mich: „Wie kommen Sie dazu, so ein wichtiges Telegramm zu verzögern? So ein Unfug, so ein Blödsinn! Das ist unerbötlich! Das ist eine Frechheit! Sie Reuling!“ Ich ließ mich trotzdem nicht stören, schließlich aber hat sich der Herr so weit verfliegen, mit einigen Formularen auf meine Finger zu klopfen, um mich am Zählen zu verhindern, wobei er rief: „Beilen Sie sich! Beilen Sie sich!“ Da er noch weiter schimpfte, wurde schließlich der Aufsichtsbefehl eingeholt, in dessen Gegenwart er aber noch einem anderen Beamten erregt zurief: „Sie sind auch so ein Reuling, der mich füttert!“ In Gemäßheit der Dienstvorschriften hielt ich mich für verpflichtet, dieses Telegramm, welches den Charakter eines einfachen Privattelegramms hatte, zu zählen, umso mehr, als wir direkt den Auftrag erhalten hatten, die Telegramme des Herrn Washford selbst zu zählen, da dieser bei den von ihm bewirkten Zählungen sich mehrmals — zu seinem Schaden — geirrt und Weiterungen in der Kassendachhalterei dadurch verursacht hatte. Herr B. war sehr aufgeregt. Einem Voten hat er gesagt: „Sie haben hier gar nichts zu thun. Wenn Sie fertig sind, dann scheren Sie sich hinaus!“ Als die Sache mit dem Telegramm vorläufig abgethan war, hat er mich noch etwa zwei Minuten lang sehr scharf fixirt. Dann nahm er sich ganz demonstrativ eine Zigarre heraus und brannte sie sich an und als ich ihm sagte, daß das Rauchen verboten sei, antwortete er: „Nun wollen Sie mir auch das Rauchen verbieten? Sie rauchen auch manchmal!“ Später hat er mich allerdings um Entschuldigung gebeten, aber in einer Art und Weise, die mich wieder tranken mußte! — Telegraphendirektor Ehlers glaubt nicht, daß — wie seinerzeit Herr v. Stephan im Reichstage erklärte — eine Vorchrift bestand, daß solche Telegramme ungezählt abgeschickt werden sollten. Es sei dies nur Miss gewesen. Wichtig sei es, daß insolge vorgemerkter Vorhinder der Aufsichtsbefehl dem Beamten gesagt habe, daß die Telegramme des Herrn Washford zu zählen seien. Die Abbitte des Herrn B. sei allerdings etwas ungewöhnlich gewesen; er sei auf dem Sopha sitzen geblieben und habe mir gesagt: „Ich habe Sie beleidigt, Herr Kaiser, ich bitte Sie um Entschuldigung.“ Dem Zeugen ist gleich am Tage nach dem Vorfall mitgeteilt worden, daß Herr Washford auch mit Formularen nach den Fingern des Herrn Kaiser hingehandelt habe. — Dasselbe wurde von dem Ober-Telegraphen-Assistenten Schott bestätigt, während Ober-Telegraphensekretär Pessier bekräftigte, daß sich Mr. Washford „sehr unanständig“ benommen habe, so daß er ihn wiederholt ersuchen mußte, sich beleidigender Ausdrücke zu enthalten. Unter anderem habe er im Gespräch gesagt: „Er wäre in Rußland viel anständiger behandelt worden. Wenn ihm das in London passiert wäre, dann hätte er den Beamten mit dem Stock geprügelt, ihn angeeignet und dann wäre der Beamte noch bestraft worden.“ Präj.: Das würden ja tolle Verhältnisse sein. — Mr. Washford bestritt, solche Redensarten gemacht zu haben. — Der Präsident gab anheim, die Klage zurück zu nehmen. Rechtsanwalt Kausch wollte sich aber hierzu nicht verstehen, er beantragte vielmehr die Verlesung wegen Verleumdung und gab anheim, noch den Redakteur der „Tägl. Rundschau“, Dr. Pastenaci, zu vernehmen, welcher vor dem Schiedsmann mitgeteilt, daß Engelmann der Gewährsmann des Artikels sei. — Lehrling protestirt nachdrücklich hiergegen. Er habe weder mit der „Staatsbürger Zeitung“ noch mit dem Artikel das allergeringste zu thun und es sei ungebührlich, daß er dessen ungeachtet angeklagt werde. — Dr. Bachler hielt seine Freisprechung für ganz zweifellos. Mr. Washford sei durch die bekannten Vorommnisse eine öffentliche Persönlichkeit geworden und da habe eine Zeitung das Recht und die Pflicht, einen solchen Vorfall, wie er im Vesting-Theater vorgekommen, mitzutheilen und den betreffenden Herrn zu charakterisieren, denn es sei nicht einzusehen, wie die Deutschen dazu kommen sollen, von Leuten, die bei ihnen das Gastrecht genießen, sich so behandeln zu lassen. — Der Gerichtshof beschloß, die Sache zu trennen, Herrn Dr. Pastenaci vorzuladen, dann zunächst die Sache Engelmann zu erledigen und erst später gegen Dr. Bachler weiter zu verhandeln.

Mit einem Rechtsstreit der Großen Berliner Pferde-eisenbahn-Aktiengesellschaft gegen den Oberpräsidenten hatte sich das Ober-Verwaltungsgericht zu beschäftigen. Der Berliner Polizeipräsident hatte der Gesellschaft aus sanitäts-, ordnungs- und sitzpolizeilichen Gründen verschiedene Auflagen gemacht. Es sollte die Breite der Sitzplätze ihrer Pferdebahn wogegen um einige Centimeter erweitert und eine Verminderung der Plätze durch eine schnellere Reihenfolge der verbleibenden Wagen ausgeglichen werden. Ferner hatte der Polizeipräsident vorgeschrieben, daß die Wagen an den Endstationen regelmäßig vom Straßenschmutz gereinigt werden sollten; auch sollten Vorrichtungen getroffen werden, welche das Klirren der Fenster bei Kälte verhindern. Die Forderung nach Vorrichtungen für den Wagenpark ließ der Polizeipräsident auf Veranlassung des Oberpräsidenten fallen. Nachdem der Oberpräsident die Beschwerde der Gesellschaft abgewiesen hatte, klagte letztere im Verwaltungs-Streitverfahren. Ihr Syndikus verlangte schon aus formalen Gründen die Aufhebung der polizeilichen Verfügung. Er machte geltend, am dem Erlass der Verfügung habe noch dem Kleinbahngesetz die hiesige Eisenbahndirektion theilnehmen müssen, weil zwei Linien der Großen Berliner Pferde-eisenbahn-Aktiengesellschaft elektrisch, d. h. mit Maschinenkraft betrieben würden, der ganze Betrieb der Gesellschaft aber ein einheitlicher sei. — Der vierte Senat des Gerichts wies die Klage der Gesellschaft wegen Unzulässigkeit des Verwaltungs-streitverfahrens mit folgender Begründung ab: Der Betrieb der Gesellschaft sei thatsächlich ein einheitlicher. Da nun zwei Linien mit Maschinenkraft betrieben würden, so falle der Gesamtbetrieb nach § 3 des Kleinbahngesetzes unter die Vorschriften dieses Gesetzes. Aus dessen § 22 ergebe sich aber, daß zu der angefochtenen Verfügung das Einvernehmen der Eisenbahndirektion notwendig gewesen wäre. Ob nun die Verfügung deswegen unzulässig sei, weil sich der Polizeipräsident vorher nicht des Einverständnisses der Eisenbahndirektion verschert habe, brauche das Gericht nicht zu untersuchen, denn unbedingt durchgreifend sei § 22 des Kleinbahngesetzes. Hiernach finde gegen solche landespolizeilichen Verfügungen, die von der Polizei in Verbindung mit Eisenbahnbehörden zu erlassen sind, die Beschwerde an den Minister der öffentlichen Arbeiten statt und nicht das Verwaltungs-streitverfahren.

Es kennzeichnet den beschämenden Zustand unserer Verkehrsverhältnisse, daß die Polizei die „Große Berliner“ erst zur Erkämpfung der selbstverständlichen Verpflichtungen antreiben muß und daß auch dann die Direktion bis zum letzten Momente Obstruktion treibt.

Das Vereinsgesetz gegen polnische Katholiken. Am 20. Juni 1897 fand in Bochum die altberühmte Probenknechtsprojektion statt, die ihren Ausgang von der Peter- und Paulskirche nimmt. An der Projektion theilnahmte sich auch der St. Josephs-Polnenverein aus Altenbochum. Seine Mitglieder versammelten sich vorher im gewissen Orte und marschirten in geschlossenem Zuge mit flatterndem Banner nach dem Sammelplatz in Bochum. In diesem Anmarsch zum Anzugsplatz der Projektion erblickte die Polizei einen öffentlichen Aufzug, für den nach § 10 des Vereinsgesetzes der Leiter mindestens 48 Stunden vor der Zusammenkunft die Genehmigung der Orts-Polizeibehörde nachsuchen müsse und der nur mit dieser Erlaubnis stattfinden dürfe. Da eine solche Erlaubnis nicht nachgesucht worden war, wurde der Vorstehende Orzgowski als Leiter und Ordner des Aufzuges in eine Geldstrafe genommen. O. beantragte richterliche Entscheidung und bezieht sich auf die Bestimmung des § 10 des Vereinsgesetzes, wonach kirchliche Projektionen, Wau-

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Wittwoch, den 16. Februar.
Schauspielhaus. Der Bibliothekar. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Johannes. Anf. 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Das große Pferd. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ein Wintermärchen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichsh. Sein Trieb. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Schilde. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.
Goethe. Der Hüttenbesitzer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Hans Wurst in Berlin. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Fatiniqa. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Das neue Objekt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Jugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Zuifen. Auf goldenem Boden. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshäufchen. Die kleinen Bagabunden. Anfang 8 Uhr.
Volk. Alliance. Das Kästchen von Heilbrunn. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstr. 57-62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
American. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neu-Palast. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.

Shiller-Theater
 (Bollner-Theater).
 Mittwoch, abends 8 Uhr: Hans Wurst in Berlin.
 Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Jugendwächter. Das Versprechen hinterm Herd.
 Freitag, abends 8 Uhr: Hans Wurst in Berlin.

Ostend-Theater.
 Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Welsch.
Unter der Polarsonne.
 Mithras-Ankündigung mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Sondermann und Wilsch. Gesangsdirige von F. Hill. Musik von Cornelius Schüller. Regie: Jof. Hill.
 1. Bild: Die geheimnisvolle Abfahrt.
 2. Bild: Die Katastrophe.
 3. Bild: Am Nordpol.
 4. Bild: Die schwimmende Insel oder: Lebendig begraben.
 5. Bild: Heber's Jahr.
 Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Frei-Konzert. Anfang 7 Uhr.
 Donnerstag und Sonntag: Unter der Polarsonne. Sonntag Nachmittags. Keine Preise: Der Herr von Kirchfeld.

Luisen-Theater
 34. Reichenbergerstraße 34.
 Abends 8 Uhr:
 Wohlthätigkeits-Vorstellung zum Besten des Vereins der Schulfreunde.

Auf goldenem Boden.
 Volksstück mit Gesang in 5 Bildern von W. Freiling. Musik v. G. Steffens.
 Donnerstag, 17. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
 Zum Besten des Nationaldanks für Veteranen
 (54. Lokal-Kommissariat)
 unter dem Protektorat Sr. Maj. des Kaisers und Sr. Maj. des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen.

Gala-Fest-Abend
 1. Theater-Vorstellung. Jubel-Überfülle von Carl Maria v. Weber. Prolog der Germania vom Niederrhein. Monsieur Hercules. Sonntag. Jäger oder: Verpleißt. Das Fest der Handwerker.
 2. In den vereinigten Gesamträumen des Luisen-Theaters:
Ballfest.
 Ein Faschingsmarkt in Fliegenwalde.

Central-Theater
 Alle Jakobstr. 30.
 Direction Richard Schultz.
 Mittwoch, den 16. Februar 1898:
Emil Thomas a. G.
 Zum 26. Male:
Die Jugendfalle.
 Barocke Pöppe mit Gesang und Tanz mit Benutzung eines franz. Sujets von Jul. Freund und B. Mannfeldt. Musik von Jul. Gröndt-Hoyer.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen und die folgenden Tage:
Die Jugendfalle.

W. Noack's Theater
 Brunnen-Strasse 16.
 Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Theater-Vorstellung.
Ihre Familie.
 Volksstück mit Gesang in 3 Akten von Stinde und Engels.
 Musik von Michaelis.
 Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Urania

Taubenstr. 48/49.
 Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr.
 - Wissenschaftliches Theater. -
 Invalidenstr. No. 57-62.
 Täglich abends 7 Uhr:
 - Ausstellungs-Saal und Vorträge. -
 Näheres die Tagesanschlüsse.

Passage-Panopticum.
 Im Theatersaal:
Ben Ali Bey,
 der orientalische Magier
 und die 8 lustigen Wienerinnen.

Castan's Panopticum.
 Friedrichstr. 165.
Neu!!
 Indisch-hindustanische Gaukler
 - und -
 Schlangen-Beschwörer.
Das BÄRENWEIB.

Reichshallen-Theater.
 Leipzigerstrasse 77.
 Der größte Triumph der Saison!
 Pawell's Pantomime:
Ein ruhiges Zimmer zu vermieten!
 worüber sich jeder vor Lachen schüttelt.
 Aussordern 30 Kunstkräfte:
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
 Im Reichshallen-Tunnel:
 Zwei neue Kapellen.
 Heute: 3. Bockbier-Fest.
 Stangenklettern, humor. Roulette.

Quarg's Vaudeville-Theater
 Grand-Hotel Alexanderplatz.
 Zum 1. Male:
 des Galaspiels der i. Original.
 Budapest.
 Heute zum letzten Male:
Das Armband.
Das Wiodell.
 Morgen Donnerstag, 17. Februar:
Premieren-Abend.
Josef Geiger. Der Beheme.
 Avis! Sonnabend, 19. Febr., bleibt das Vaudeville-Theater geschlossen. Dafür Gastspiel im Reichshallen-Theater.

Neues Olympia-Theater.
 (Circus Ronz.) Karlstrasse.
Bolossy Kiralfy's Konstantinopel.
 Grösste Sensation Berlins.
Neu! „Alt-Wien“
 Neue humorist. Spezialitäten-Revue. - Auftreten der The Jolly british girls.
Sensationell!
 Im letzten Bilde: Constantinopel
Feuer- u. Flammentanz,
 ausgeführt nicht von einer Person, sondern vom gesammten Ballet-Personal.
 ca. 1000 Mitwirkende.
 Anf. 8 Uhr. Sonntags 2 Vorst. Nachm. 1 Kind frei.
 Am Sonnabend, den 19. d. M.:
1. gr. Masken-Ball.
 (Ein Blumenfest in Nizza.)
 Bestellungen auf Billets werden von heute ab im Bureau angenommen.
 Entree 8 M. - Damenkarte 3 M.

Konzert-Sanssouci
 Kottbuser Straße Nr. 1a.
 Heute wie jeden Mittwoch:
Hamburger Sängerkreis.
 Steidl, Böhrner, Wih. Wolff etc.

 Zum Schluss: Café Bretzel.
 Humor. Ensemble von Wih. Wolff.
 Jedemal neues Programm.
 Anf. 8 Uhr. Ent. 30 Pf. Pl. 50 Pf.
 Partoutkarten sind gültig.
 Morgen 7 1/2 Uhr: **Elite-Abend.**

Volks-Theater im Welt-Restaurant

97. Dresdener-Strasse 97.
 Neu! Großer Beifall! Neu!
Die heilige Behme.
 Operetten-Barfeste in 2 Akten von Oscar Victor Roeder. - Ferner:
3 Geschwister Montez,
 Miniatur-Sängerinnen u. Tänzerinnen.
 Im vorbereiten Saale:
Tyroler Sängler Alois Ebner.
 Anfang: Sonntags 6 Uhr.
 Wochentags 7 1/2 Uhr.

Maehr's Theater
 Oranien-Strasse 24.
 Täglich:
Theater u. Spezialitäten.
 Revü! Kolloidaler Erfolg!
Die Nadel- und Radelmadel.
 Volksstück mit Gesang von Eugen Frey. Musik v. Otto Tieke.
 Anfang: Sonntags 6 Uhr.
 Preise der Plätze wie gewöhnlich.

Kaufmann's Variété
 Heute Mittwoch
Doppel-Premieren-Abend im Budapester
 Posson- und Operetten-Theater
Kaufmann's Variété
 Direction:
Gebüder Herrfeld.
 I. Novität:
 Von Dreien der Glückliche.
 Schwanke von Gebr. Herrfeld.
 Hauptrollen:
 Donat und Anton Herrfeld.
 II. Novität:
 Zum ersten Mal im Variété.
 Hauptrollen:
 Anton und Donat Herrfeld.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung
 Anfang präz. 8 Uhr.

Kaufmann's Variété
 Heute Mittwoch
Doppel-Premieren-Abend im Budapester
 Posson- und Operetten-Theater
Kaufmann's Variété
 Direction:
Gebüder Herrfeld.
 I. Novität:
 Von Dreien der Glückliche.
 Schwanke von Gebr. Herrfeld.
 Hauptrollen:
 Donat und Anton Herrfeld.
 II. Novität:
 Zum ersten Mal im Variété.
 Hauptrollen:
 Anton und Donat Herrfeld.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung
 Anfang präz. 8 Uhr.

Apollo-Theater.
 Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
 Granto u. Mand. Les Senett's.
La Loie Fuller
 The Milons Mr. Arvey
 und
30 hervorragende Künstler.
 Kasseneröffnung 6 1/2 Anf. 7 1/2 Uhr.

Feen-Palast
 22 Burgstr. 22.
 Neu! William u. Merry.
Jameson-Belly-Truppe.
 Dazu das glänzende
Februar-Programm.
 Richard Winkler u. Wilhelm Fröbel
 in der einzig dastehenden Operette
Das radelnde Berlin
 Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
 Entree 30 Pf. bis 1.50 M.
 Am 28. Februar: Letzte Vorstellung.
 Schmitt. ausgegebenen Ehren. Frei- u. Vorzugskarten haben nur noch bis zum 28. d. Mts. Gültigkeit. - Sonnabend, den 19. Februar: Geschlossen.

Concerthaus
 Leipzigerstr. No. 48
 Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
 Sonnabend, 19. Februar:
Ballfest des Prinzen Karneval
 bestehend in Verbindung der Deutschen in Kinotschau arrangirt vom Tyll Eulenspiegel.
 Dienstag, den 22. Februar:
Fastnachts-Soirée mit Ball.
 Hierzu sind Billets im Verein junger Leute, Beuthstraße; Kaufm. Hilfsverein Seydelstraße sowie im Verein der Handl. Kommiss. Hamburg 1860, Krausenstraße, zu haben.

Circus Busch
 (Bahnhof-Büsch).
 Mittwoch, den 16. Februar 1898, abends 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
 8 Ungarn mit ihren unschätzblichen Holblut-Springpferden. Unter and.:
 a) Holblut-Dollach „Schöb“, Spring über eine 7 Fuß hohe Barriere mit Reiter. b) Der berühmte Sandor-Lung über 3 große Pferde. In der Langstunde, große Quadriga, geritten in Schritten der feierlich-jubiläen Zeit. Die vorzüglichsten Feuertänzerinnen des Dir. Busch. Kulturen des ausgezeichneten Schreiters Hrn. Footitt-Burghard. Die großartigen Künstler Gewissner Lorch mit ihren herrlichen Spiculen zu Pferde. Gr. Reiterinnen-Potpourri. Außerdem Auftreten aller neu engagierten Künstler.
Zaragoza.
 Orig.-Mantel-Schauspiel des Circus Busch. Besonders hervorzuheben: Die weiblichen Janfandläufer. Der Sturz von der 60 Fuß hohen Brücke ins Wasser. Der pompöse grüne Akt.
 Morgen 7 1/2 Uhr: **Elite-Abend.**

Achtung! Maurer. Achtung!

Donnerstag, den 17. Februar cr., abends 8 Uhr, im Lokal Bismarckshöhe, Wilmersdorferstraße Nr. 39:
Grosse öffentliche Versammlung der Maurer Charlottenburgs.
 Tages-Ordnung: 1. Wie stellen wir uns als Maurer Charlottenburgs gegenüber den letzten Vorgängen in den öffentlichen Versammlungen der Maurer Berlins? 2. Diskussion. 3. Eventuelle Ergänzungswahl der Lokalkommission.
 Der Vertrauensmann: Wih. Schulze, Goethestr. 49.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
 Mittwoch, den 16. Februar 1898, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Beuthstraße Nr. 20/21:
Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.
 Tagesordnung:
 Die Strafrechtspflege mit besonderer Berücksichtigung der §§ 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung. Referent: Rechtsanwält Dr. Heinemann. Werkstattdirektoren und Differenzen. Verbandsangelegenheiten. - Jede Bezirkshaus vertreten sein.
 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Maurer Nixdorfs und Umgegend.

Donnerstag, 17. Februar, abends 8 Uhr, bei Herrn Laukner (Hoffmann's Festale), Bergstr. 151-152):
Große öffentliche Versammlung der Maurer.
 Tagesordnung: 1. Können die Interessen der Nixdorfer und Brieger Maurer unter den jetzigen Verhältnissen von Berlin intensiv mitvertreten werden? 2. Stellungnahme zur Lohnbewegung im Jahre 1898. 3. Gewerkschaftliches.
 Kollegen! Diese so wichtige Tagesordnung muß Euch veranlassen, pünktlich zu erscheinen.
 Der Vertrauensmann.

Achtung! Friedrichsfelde. Achtung!

Sonntag, den 20. Februar, mittags 12 1/2 Uhr, bei Herrn Bube, Prinzen-Allee 30:
Große Volks-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Zubell über: Die politische Lage. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben.
 Der Vertrauensmann.

Schöneberg.

Donnerstag, den 17. Februar 1898, abends 8 Uhr, im Saale der „Schloß-Brauerei“, Hauptstr. 112:
Große öffentl. Volksversammlung für Männer und Frauen.
 Tages-Ordnung:
 1. Das Zuchtungsrecht in den Schulen. Ref.: Herr Dr. Schütte. 2. Bericht der Parteipredigt. Wahl der Revisoren. 3. Bericht des Wahlkomitees.
 Der Einberufer.

Aleazar-Theater.
 Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage)
 Künsterstraße 42/43.
 Direction: Richard Winkler.
 Bonshamer Familien-Auffenthalt.
 Neu! Zum 1. Male: Neu!
Das Blumengretel aus Nieder-Schönhausen.
 Pöppe mit Ges. und Tanz in 1 Akt.
 Vorher:
Durchs Schlüsselloch.
 Pöppe mit Gesang in 1 Akt.
 Auftreten
 sämtlicher Kunst-Spezialitäten.
 Anfang: Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 6 1/2 Uhr.
 Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
 Borzugskarten haben Gültigkeit.

Orts-Krankenkasse für das Goldschmiede-Gewerbe zu Berlin.
Siebente Abänderung
 in dem Statut der Ortskrankenkasse für das Goldschmiedegewerbe zu Berlin vom 3. Mai 1893.
 Artikel I.
 § 55 dieses Statuts wird, wie folgt, abgeändert:
 § 58.
 Die Rechnungs- und Kassensführung wird unter Beobachtung der Vorschriften des Krankenversicherungs-Gesetzes der von der höheren Verwaltungsbehörde auf Grund des § 41 Absatz 2 dafelbst erlassenen Anordnungen und der Bestimmungen dieses Statuts, sowie nach Maßgabe der vom Vorstande und der Generalversammlung gefassten Beschlüsse von einem Revisanten und dem erforderlichen Bureaubeamten wahrgenommen, welche vom Vorstande unter Vorbehalt einer dreimonatlichen Kündigung für den Revisanten und einer vierzehntägigen Kündigung für die Bureaubeamten angefordert werden. Die Gehälter der Revisanten werden von der Generalversammlung festgesetzt. Die Revisanten bestimmen der Vorstand.
 Artikel II.
 Vorstehende Abänderung tritt mit dem Montage nach statutenmäßig erfolgter Bekanntmachung in Kraft.
 Berlin, den 28. November 1897.
 Der Vorstand
 der Ortskrankenkasse für das Goldschmiedegewerbe zu Berlin.
 C. Davidshäuser, D. Staiger, Revisoren.
 Zu J. Nr. 8714. Gew. II. 98.
 Vorstehende Abänderung wird hierdurch genehmigt.
 Berlin, den 26. Januar 1898.
 (L. S.)
 Der Bezirk's-Ausschuh
 gez. Kayser.
 J. Nr. 224.

Öffentliche Volksversammlung
 Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminienhallen“, Kommandantenstr. 20.
 Der nationalsozialistische Reichstagskandidat für Berlin I. Lithograph Tischendörfer spricht über:
„Recht und Freiheit.“
 Freie Aussprache.
 Männer und Frauen ladet ein
 Der nationalsozialistische Vertrauensmann.
 3406

Unterstützungsverein der Kupfer- und Zinn-Industrie Deutschlands.
 Filiale Berlin.
 Sonnabend, den 19. Februar:
Versammlung
 in Feind's Salon, Weinstraße 11.
 Beginn punkt 9 Uhr.
 Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt erforderlich.
 99/3
 Der Vorstand.

Innungs-Krankenkasse der Tischler-Innung.
 General-Versammlung
 am Mittwoch, den 23. Februar, abends 7 1/2 Uhr,
 Andreadstr. 21, im großen Saale.
 Tages-Ordnung:
 1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1897. 3356
 2. Wahl von vier Vorstandsmitgliedern.
 Das Quittungsbuch legitimirt.
 Um recht pünktliches Erscheinen wird erucht.
 Der Vorstand.

Nach der Inventur Großer Ausverkauf in Gardinen und Resten
 älterer Muster in weiß und crème, zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in dem Gardinenfabrik-Lager von
Bruno Güther,
 Berlin O., Gräner Weg Nr. 80
 part. Eing. vom Flur (kein Laden).
 Reichweiten treffen täglich ein.
 Proben nach außerhalb portofrei.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Verkauf frisch gel. schw. perl. und finn. Fleisches.
 Rindfleisch pro Pfd. von 30 Pf. an,
 Schweinefleisch 40 Pf.
 (4041L)
 Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Zentralverein d. Bildhauer Deutschlands.
 Am Montag, den 14. Februar 1898, verstarb nach längerem, schwerem Leiden unser Mitglieb, her Holzbildhauer
Paul Kunert
 im 43. Lebensjahre.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die Verwaltungsstelle Berlin.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. Febr. 1898, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jüd. Hofes Kirchhofes in Schöneberg bei der Siedring-Station Ebersstraße aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung bittet
 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
 Allen Freunden und Verwandten die traurige Mitteilung, daß uns unsere liebe
Frida
 am Montag, den 14. d. Mts., vormittags 11 1/2 Uhr, im 11. Lebensjahre durch den Tod entzogen wurde. Um stille Teilnahme bitten
 Die trauernden Hinterbliebenen
 Ferdinand Ewald nebst Familie, Schönebergstr. 6.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Freiwilligen Kirchhofes aus statt.

Todes-Anzeige.
 Am 13. d. M. verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser alter Kollege, der Kartonnarbeiter
Gotthold Heinrich.
 Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Jungstr. 49 (Friedrichsberg) aus statt. Um rege Beteiligung bitten
 3418
 Die Kollegen von Ed. Jacobsch.

Todes-Anzeige.
 Für die am Grabe meines Liebest Mannes, unseres Vaters u. Schwagers ermiesene letzte Ehre sagen wir den Mitgliebern des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises, des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, besonders dem Gefangenen „Gemüthlichen“ (R. d. K.S.B.) unsern besten Dank.
Henriette Wendt nebst Kindern.
Gerhard Stämpel, geb. Vorkontsch.

Ausverkauf!
Wegen Abbruch
 des Hauses
Spandauerstr. 30
 stelle ich meine enormen
Waarenvorräthe, besteh. aus:
Teppichen,
Portieren,
Gardinen,
Divan-, Tisch-,
Reise-, Stepp-
Decken,
Läuferstoffen,
Möbelstoffen und
Plüsch,
 alles vorzüglichste Qualität, zum Teil unter dem
Einkaufspreise, zum
schleunigen Verkauf.
 Der geehrten Damenwelt bietet sich hier Gelegenheit, zum
Umzug
 ihren Bedarf vorthellhaft zu decken.

J. Adler,
Teppichhaus,
 Spandauerstr. 30,
 vis-a-vis dem Rathhause.
Günstige Gelegenheit
 für Wiederverkäufer,
 Hotels und Pensionate.

Roh-Tabak.
 Größte Auswahl - Billigste Preise
P. E. Platt & Söhne,
 Brunnenstr. 197 (am Rosenthaler Thor), (40292)
 ab 1. April 1898 Brunnenstr. 16, Hof pl.

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung vom 15. Februar 1898, 11 Uhr.

Am Ministertische nur Regierungskommissare.
Erster Punkt der Tagesordnung: Verlesung der Interpellation der Abg. Szmulca und Genossen:

In der Staatsregierung bekannt, daß in den östlichen Provinzen — speziell in Schlesien — sowohl bei Klein- als Großgrundbesitzern ein derartiger Mangel an ständigen Diensthilfen und landwirtschaftlichen Arbeitern vorhanden ist, daß die Landwirthe nicht mehr im Stande sind, rechtzeitig und rationell ihre Felder zu bestellen und abzuräumen? Auf welche Weise denkt die Regierung diesen Uebelständen abzuwehren, sofern die Zulassung russischer und österreichischer Dienst- und Arbeitskräfte — nach wie vor — nicht den Bedürfnissen entsprechend gestaltet wird?

Unterstaatssekretär **Sternberg** erklärt, daß die Angelegenheit gegenwärtig noch Gegenstand der Erwägung im Schoße der Regierung und ein Beschluß noch nicht gefaßt sei. Die Minister des Innern und der Landwirtschaft seien durch dringende dienstliche Geschäfte am Erscheinen gehindert. Sobald die Regierung sich schlüssig gemacht, werde sie den Tag bestimmen, an welchem sie zur Beantwortung bereit sei.

Es folgt die erste Lesung der Vorlage betr. die Erhöhung des Grundkapitals der preussischen Zentral-Genossenschaftskasse von 20 auf 50 Millionen.

Abg. **Lückhoff** (fr.) findet die Forderung der Vorlage be- rechtigt.

Abg. **Grav** (Z.) lobt die günstigen Erfolge der Genossenschafts- kasse und wünscht namentlich eine Fortsetzung der Organisation des Genossenschaftskredits im Anschluß an die Kasse.

Abg. **Dr. Sattler** (all.) wünscht eine möglichst eingehende Prüfung des Geschäftsverfahrens der Kasse, deren nützliche Wirkung er anerkennt; der Kasse sei es zu danken, daß die wirtschaftliche Krisis in weiten Kreisen so leicht überwunden worden sei. Immerhin empfehle es sich für die Genossenschaften, bei ihren Kredit- gewährungen die nötige Vorsicht nicht außer acht zu lassen. Die Erfolge der Kasse hätten sich so segensreich erwiesen, daß seine Freunde nötigenfalls bereit sein würden, das Betriebskapital auch auf 100 Millionen zu erhöhen, denn der günstige Einfluß auf das allgemeine Kreditwesen zeige sich namentlich in der Gründung neuer Genossenschaften. Freilich müsse man auch prüfen, ob nicht auch eine ungesunde Kreditentwicklung zu fürchten und wie derselben vorzubeugen sei.

Abg. **v. Vossberg** (L.): Unsere an die Kasse geknüpften Hoffnungen sind insofern erfüllt, als den Produzenten die Möglich- keit, Kredit zu bekommen, erleichtert ist; das gilt namentlich auch für Handwerker.

Abg. **Nichter** (fr. Sp.): Bedenklich muß doch die plötzliche Steigerung, erst von 5 auf 20 Millionen, jetzt auf 50 Millionen machen. Auf die Zahl der Mitglieder der Genossenschaften kommt es nicht an, sondern auf die Bedeutung der Sache für den Bankverkehr. Die Bedeutung der Kasse aber hat sich seit der Gründung völlig geändert. Bei der Gründung sollte die neue Kasse nur die freigeordneten Gelder an sich ziehen und zu diesem Zwecke, glaubte man, würde ein kleines Betriebskapital genügen. Die Kasse ist aus einem Geschäft- ein Wohlthätigkeits-Institut geworden, aus dem man zu einem unnatürlich niedrigen Zinsfuß das Geld heraus- pumpt. Nicht unbedenklich ist die starke einseitige Zu- anspruchnahme der Kasse durch landwirtschaftliche Genossen- schaften. Man wundert sich, daß Handwerker den Kredit der Kasse nicht in Anspruch nehmen. Das erklärt sich

aber sehr einfach, die Handwerker konkurrieren gegeneinander mehr als die Landwirthe und wollen deshalb nicht ihren Kon- kurrenten Einblick in ihre Kreditverhältnisse gestatten. Daher ihre Abneigung gegen Genossenschaften. Für den Kredit zur Befreiung vorübergehender Bedürfnisse wird stets ein höherer Zins genommen, auch bei den landwirtschaftlichen Darlehnskassen, warum nicht auch bei den Genossenschaften? Allerdings giebt der Kassenericht keine Auskunft über die für Betriebszwecke und über die zur Deckung vorübergehender Bedürfnisse aufgewendeten Summen. Heute giebt die Kasse die Mittel für Zuckerfabriken und Molkerei- betrieben, auch für Kornhandlungsgenossenschaften. Wenn die Kornhäuser aus Staatsmitteln für die Genossenschaften gegründet werden, so ist dagegen nichts zu sagen; aber Getreidespekulation soll man doch nur aus Privatmitteln treiben. Infolge der Gründung der Zentral-Genossenschafts-Kasse hat sich eine Treibhauskultur ent- wickelt, die allmählich ihre nachtheiligen Wirkungen auch gegen die Kasse selbst wieder zur Geltung bringt. Durch die Gewährung billiger Darlehen wird auch die Dividende der Genossenschaften herabgedrückt und die Lust zur Theilnahme unterdrückt. Die Bankredner erzielen nur Augenblickserfolge; eine große Anzahl von neuen Genossenschaften weisen nur ein Ver- mögen von wenigen Mark, einige sogar nur von wenigen Pfennigen nach. (Heiterkeit.) Diese Gründungen, denen der genossenschaftliche Sinn fehlt, sind vom Uebel, und es muß weit gekommen sein, wenn der Landwirtschaftsminister sich genöthigt sieht, vor dem Treiben einzelner Genossenschaften zu warnen. Die Schulze-Delitsch'schen Genossenschaften haben in einem Jahre sechzehn mal soviel Kredit gewährt, als die Zentralkasse in zwei Jahren. Von den Schulze-Delitsch'schen Kassen wurde an 445 000 Landwirthe, die ihr angehören, in einem Jahre 1,1 Milliarde Kredit gewährt. (Hört, hört!) Also 10 mal so viel, als die Zentralkasse in zwei Jahren gewährt hat. Und solchen Er- folgen gegenüber pflanzt man ungesunde Triebe auf einen gesunden Baum, auf den wir stolz zu sein berechtigt wären. (Sehr richtig! links.) Heute verlangen bereits die kleinen Händler und Gewerbe- treibenden denselben billigen Kredit, wie er den Landwirthen gewährt wird. Den Arbeitern verspricht Basse ebenfalls Staatsbills mit einigen 100 000 000 Mark. Diese Basse ist verschollen. Nun bringt der Finanzminister neue Pläne, die aber seinem früheren Prinzip „heute vor“ nicht entsprechen, auf die vielmehr das „arbeite vor“ paßt. Darum bitte ich Sie: lehnen Sie die Vorlage ab! (Bravo links.)

Regierungskommissar **Geb. Rath Habenslein** betont das Be- dürfnis für die Zentralkasse. Die Schulze-Delitsch'schen Kassen wurden von den Bauern nicht benutzt, ihre Zinsen waren zu hoch, ihre Umschlagfristen zu kurz. Daraus erklärte es sich, daß sie auch von Landwirthen nicht in Anspruch genommen werden konnten, und wo das geschah, erhielten die Landwirthe nicht den gewünschten Kredit. Erst in neuerer Zeit und unter dem Einflusse der Zentralkassen haben die Schulze-Delitsch'schen Kassen ihren Zins herabgesetzt. Es ist gerade ein Hauptverdienst der Zentralkasse, daß sie den Austausch des Geldes und des Kredites bewirkt, und den Ueberfluß sofort unterzubringen in der Lage ist. Es ist immer in Preußen Grundfah gewesen, daß schwere Kalamitäten unter Jubiläumnahme von Staatsmitteln gehoben werden. Die Verhält- nisse der Zentralkasse sind durchaus gesunde, und es ist un- zureichend, von einem Anspornen der Kasse zu reden. Kornhaus-Genossenschaften werden nicht zum Zwecke der Korn- spekulation gegründet; wo das geschähe, würden sie keinen Kredit finden. Von den 40 Genossenschaften aber, die heute bestehen, ist keine derartige Klage laut geworden. (Sehr richtig!)

Regierungskommissar **Geb. Rath Permes**: Die von dem Abg. Nichter erwähnte Verfügung des Landwirtschaftsministers ist ledig-

lich ein Warnungssignal. Besorgnisse bezüglich der Sicherheit der Kasse sind ganz unbegründet.

Abg. **v. Wosna** (fr.): Der Grundgedanke der Nichter'schen Rede war falsch; seine Einseitigkeiten mag die Kommission prüfen. Der Bauer hat ein gewisses Misstrauen gegen Handwerker und Kaufleute; er fürchtet von ihnen über's Ohr gehauen zu werden und tritt deshalb auch ihren Genossenschaften nicht bei, von denen doch nicht zu leugnen ist, daß sie viel zu hohe Zinsen nehmen.

Abg. **Frhr. v. Hüne** (Z.): Die Festsetzung des Zinsfußes der Zentralkasse ist nicht von dem Standpunkte des Verkehrs, sondern von dem Standpunkte des Bedürfnisses aus erfolgt. Mit wechselndem Zinsfuß kann der kleine Handwerker nicht arbeiten; er würde als Puffer zwischen den beständig wechselnden Zinsfüßen stehen. Die großen Ziffern der Schulze-Delitsch'schen Kassen ergeben sich aus den kurzen Kreditfristen; man muß die großen Ziffern oft mit 5 oder 6 dividieren, wenn man die wahre Höhe des umgesetzten Kapitals finden will. Redner geht dann näher auf einzelne über die Genossenschaft verbreitete falsche Nachrichten ein und bittet, die Vorwürfe gegen die Zentralkasse in der Kommission zu prüfen; es werde sich ergeben, daß diese Vorwürfe jeder Begründung ent- behren.

Minister **v. Riquel**: Man kann dem Abg. Nichter für seine Anregungen nur dankbar sein, sie geben eine Reihe wertvoller statistischer Gesichtspunkte. Daß der Staat helfen muß, ist für die Zentralkasse eine abgemachte Sache; ist das Prinzip einmal anerkannt, so ergeben sich die Folgen für die Vorlage von selbst, es kann sich nur fragen, ist die Erhöhung des Betriebskapitals nöthig oder nicht. Die Schulze-Delitsch'schen Genossenschaften haben Großes geleistet; aber für die Landwirtschaft eignen sie sich nicht. Für diese sind die Genossenschaften neuerer Organisation ein Bedürfnis, von denen auch die Handwerker Nutzen haben. Es handelt sich hier ganz einfach darum, ob die vorhandenen Bedürfnisse genügen, oder aus der vorhandenen Einrichtung einen erstarrten Torso machen wollen. (Sehr richtig! rechts.) Allgemein zu kritisieren ist nicht schwer; vielleicht tritt Herr Nichter in die Kommission ein, um dort seine Behauptungen an den vorliegenden Thatfachen zu prüfen. Wenn Landwirthe und kleine Handwerker durch hohe Zinsen bedrückt werden, so muß der Staat helfen; er kann am besten sein Geld rücheln, obwohl ersichtlich keine Gefahr vorliegt. In dieser Weise wird die Kasse hoffentlich ihre Aufgabe erfüllen. (Beifall rechts.)

Abg. **Nichter** würde gern der Kommission beizuhören, wenn nur nicht gleichzeitig so viele Vorlagen der Regierung hier und im Reichstage zu bekämpfen wären. Die Zahlen der Schulze-Delitsch'schen Genossenschaften ergeben jedenfalls, daß das Kredit- Bedürfnis der Landwirthe bei weitem nicht befriedigt wird durch die in der Zentralkasse organisirten landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die Kasse ist im Laufe der Zeit etwas ganz anderes geworden, als sie anfänglich sein sollte; das übersehen der Minister, wenn er fordert, man solle das anfänglich anerkannte Prinzip durchführen.

Regierungskommissar **Geb. Rath Habenslein** legt ziffernmäßig dar, daß die Vergleichung des Geschäftsumfanges der Schulze- Delitsch'schen Kassen mit dem der Zentralkasse nicht maßgebend sei wegen der kurzen Umschlagfristen der Genossenschaften.

Damit schließt die Debatte.

Die Vorlage geht an die Budgetkommission.
Morgen (Mittwoch) 1 Uhr: Anträge **Wengerbusch** (fr.) und **Mies** (Z.) betr. Aenderung des Kommunalsteuer- Gesetzes; ferner Antrag **Camp** (fr.) betr. Sonntagruhe und Antrag **Herold** (Z.) betr. die Uebernahme der Kosten der thierärztlichen Untersuchungen auf den Staat.

Der Präsident kündigt, wenn die Geschäfte des Hauses den schleppenden Fortgang beibehalten, Abendstunden an.

Hamburger Engros-Lager

Spittelmarkt
16-17

A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt
16-17

Vorteilhaftes Angebot

für **Mittwoch, Donnerstag, Freitag,**
den 16. Februar. den 17. Februar. den 18. Februar.

- Wischtücher, ca. 60 x 60, Dutzd. **220 Pf.**
- Wischtücher, „ 60 x 60, Ia., Dtz. **265 Pf.**
- Bettsatin, gestreift, für Kopfkissen Meter **45 Pf.**
- Bettsatin, gestreift, für Oberbetten Meter **75 Pf.**
- Staubtücher mit Franzen, Panamagewebe, Dutzend **145 Pf.**

Postkarten-Album

- für 160 Postkarten Stück **85 Pf.**
- „ 320 „ „ **170 Pf.**

| | | |
|--|---------------|---------------|
| Tülldecken, weiss und crème, Schoner Grösse ca. 33/35 | Decke 60/90 | Läufer 35/150 |
| Preis 10 Pf. | 27 Pf. | 40 Pf. |

Kopf-Shawls, Seide, mit Spitzen garnirt, Stück **265 Pf.**

Pariser Ballgürtel mit Schloss u. Schieber Stück **40 Pf.**

Nackenrüschen, Stück **28 Pf., 17 Pf.**

Wirtschaftsgegenstände:

- Spirituskocher** aus Gusseisen, mit Messing-Bassin, Stück **48 Pf.**
- Reibemaschinen**, Duplex, Stück **170 Pf.**
- Express, „ **130 Pf.**
- Müllschippen** aus Stahlblech mit Ring, Stück **25 Pf.**

Kaffee-Service!!

8-teilig mit Blumendecors **285 Pf.**

Kaffee-Tassen mit Streublumen . . **30 Pf.**

Obstmesser-Ständer, neueste Form mit 6 Messern, Stück **85 Pf.**

Schuh-Waren:

- Damen-Lederschuhe**, mit Absatz Paar **290 Pf.**
- do. zum Schnüren Paar **350 Pf.**
- Damen-Knopfstiefel**, Paar **775 Pf., 575 Pf.**

Damen-Pantoffel

Paar **60 Pf.**

Tapissiererie, vorgezeichnet:

- Tischläufer** Stück **47 Pf., 33 Pf.**
- Handtücher** mit Franzen Stück **58 Pf.**
- Tabletdecken** mit Franzen
Stück **37 Pf., 26 Pf., 15 Pf., 12 Pf.**
- Bestecktaschen** Stück **100 Pf.**

Bettsenkel mit Ponpons, ganze Garnitur 3 Riemen **8 Pf.**

Besenborde, schwarz u. farbig Meter **6 Pf.**

Neuester Tailleverschluss, schwarz, weiss, grau Stück **10 Pf.**

Strumpfhalter für Damen, mit Gürtel Stück **50 Pf.**

Zahnbürsten Stück **7 Pf., 14 Pf., 20 Pf.**

Regenschirme für Damen Stück **275 Pf.**

Regenschirme für Kinder Stück **140 Pf.**



Eröffnung

unseres

Schuhwaren-Verkaufshauses Badstrasse 23.

➔ Heute Mittwoch, den 16. Februar, morgens 10 Uhr, ➔
eröffnen wir **Badstr. 23** eine eigene Verkaufs-Niederlage, wie wir deren 15 in größeren Städten Deutschlands besitzen. Die festen Preise werden direkt in unserer Fabrik Strausberg auf die Sohlen gestempelt und verkaufen wir:

Damen-Stiefel mit Lederbrandsohle und Lederkappe von 2,60 an,
Herren-Stiefel mit Lederbrandsohle und Lederkappe von 3,90 an.

➔ Wir bitten um Besichtigung unseres Lagers. ➔

Jetzlauff & Cie. Schuhfabrik in Strausberg

Hauptniederlage: Badstrasse No. 23.

Bücher-Ankauf- u. Beilehung
Lexika von Meyer und Brockhaus, Klassiker und andere werthvolle Bücher u. Bibliotheken
Antiquariat, Kochstr. 56.

Louisenstädt. Klubhaus,
S. Annenstrasse 16.
Saal, 200 Pers. fassend, zu öffentl. u. Vereinsveranstaltungen u. Gesellschaften jeder Art; beigl. mehrere Vereinszimmer mit Piano, alles renovirt, empf. **Carl Helfer**, fr. „Oranienbullen“.
Kant. VII 4892. 43346*
Sonntags, 26. März, Saal frei.

Mundt's Saal.
Inh.: **Ernst Gründer.**
Schnitzergasse 100.
Fernsprecher Amt VII 39.
Täglich: **Grosser Ball.**
Entrée Herren 50 Pf.
Tanz Damen 25 Pf.
Garderobe

Heilzahlung monatl. 10 M. und gegen baar liefert
andere Herren - Garderobe
Komporowki, Alldenstr. 37, I.

Büchle v. 2 Mark event. Heilzahlung.
Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

Anzüge nach Maß für Herren - Knaben
Grösste Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Reizekleider etc. werden unter Garantie des guten Stiles zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Dr. Simmel Moritzplatz, 1. Gang u. Aschinger 2 Treppen rechts.
Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Eine Zuckerin-Tablette
zu 2 Pfennig
Ist so süß, dass der Süßwerth von 1 Pfd. Zucker nur 12 Pfennig kostet. 1 Liter Kaffee zu versüßen kostet nur 1 Pfennig. [10/13*]

Es werden auch minderwerthige Tabletten angeboten; man verlange ausdrücklich „Zuckerin“-Tabletten, deren Echtheit an der gesetzlich geschützten geriefelten Form zu erkennen ist.
— Erhältlich in Colonialwaaren-Handlungen. —

Das Beste ist immer das Billigste!
Das trifft auch ganz besonders zu beim Einkauf von **Washartikeln!**
Dr. Thompson's Seifenpulver
hat seinen seit ca. 20 Jahren bestehenden Ruf als vorzügliches Wasch- und Bleichmittel glänzend bewährt. — Man erzielt bei dessen Anwendung blendend weiße Wäsche ohne Bleiche, erspart viel Mühe, Zeit und Geld und schont die Stoffe mehr, als bei jeder andern Waschmethode. Nur echt mit der Schutzmarke „Schwan“.
Zu haben in den meisten Droguen-, Seifen- und Colonialwaarenhandlungen.

Allen Freunden und Bekannten zeige ich hiermit an, daß ich **Oppelnerstrasse 2, am Schlesiens Thor,** ein **Weiß- und Bairisch-Bier-Lothl** verbunden mit großem Frühstücks-, Mittags- und Abendlich eröffnet habe und bitte um geneigten Zuspruch.
42309* **Johann Jablonsky, früherer Rannpstr. 37.**

S. Heine, Inh. H. Stege

14. Chausseestrasse 14.
Lieferant des Berliner Lehrer-Vereins.
Lieferant des Rabatt-Spar-Vereins „Norden“.
Special-Fabrik für Morgenröcke und Matinées.
Aeusserst exacte Arbeit, jeder Rock richtig weit.
Barchend, Stück 9 M., 3,90 M., 5 M., 7,50 M., 9 M., 13,50 M. etc.
Reinwollene Tücherröcke, warm gefüttert, Stück 17,50 M., 20 M., 24 M., 28 M.
Hocheleganter Plüschrock, aus feinem engl. Silkpüsch, in kupfer, mousse, bordeaux u. blau, reich mit Spitze u. Band garnirt, ganz gefüttert, eminent billig, nur 50 M.
Matinées, Stück 3 M., 4,50 M., 6 M., 9 M., 10,50 M.
Anfertigung nach Maass.

Lungen- und Magenleidende!
Morgen, Donnerstag, 17. Februar, ab 8 1/2 Uhr, spricht prakt. Naturheilkundiger **Grundmann:**
Alte Jakobstr. 75.
Der Vortrag wird an farbigen Lichtbildern mit der Entfaltung und Heilung obiger Leiden erklärt.
Gäste, Frauen und Männer, willkommen. Entrée 20 Pf.
Körper- und Naturheilverein.
Alexanderstr. 8. 131/9
Sprechzeit 11-2, 6-8. Sonntags 11-12.

Reine Verlobung mit **Präulein Bertha Bringmann**, Berlin, erkläre ich für aufgehoben.
5945
Wädig 1. Abt., 13. Februar 1898.
Ernst Graul, Drechslermeister.

Rechtsbureau, Wiener Weg 40 (Nacht)
Eisenwerk, gerichtl. Vertretung [2006]
2 Vereinszimmer sofort zu vergeben. **Paul Zimmermann**, 42042*
Rauhauserstr. 8, 4te.

Gr. Vereinszim. Freitag, Sonntags frei
Linienstr. 23, 3. Etg.

Materialen, Grünraum und Koffeln
geschäft, gut gehend, 7 Jahre in einer Hand, zu verk. **Kadaverstr. 24.**

Grünenerstr. 25 freundl. Wohnh., 1 und 2 Zim., Küche, Korridor u. Bad, behüt., preiswerth zu verm. 3395

Arbeitsmarkt.

Plätterinnen auf Stieltragen, Anleget. u. Manschetten in und außer dem Hause sucht **H. Treppe**, Potzdorferstr. 10, 1. Quergeb. IV.

Strebsame, intelligente, unbescholtene Herren, welche momentan ohne Beschäftigung sind, finden sofort **guten Verdienst**, geeigneten Falles sehr Anstellung, bei solchem Unternehme. Einkommen bis 150 M. monatlich. Off. sub O. N. 600 an **Haase & Stein** u. **Bohler**, Berlin, Leipzigerstr. 18.

Rechtsbureau verlangt
3376
Kottbuser Damm 100.

Drechsler 3426
sofort verlangt
Stahler, Bleicher, Biberstr. 7.
Stahlgraveure und Silberarbeiter für Bestellungen werden bei hohem Lohn per sofort gesucht. Nur tüchtige Personen wollen sich melden unter Chiffre **C. III. Cyped**, d. „Borm“.
3335

Reisende auf 48er Literatur, nur erste Kräfte, sucht **Th. Mayhofer** Nachf., Weinbergsweg 15b.
3475